



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Länderbericht Russische Föderation

Stand: April 2020

INHALT

<i>Allgemeiner Überblick</i>	<i>2</i>
Länderinformationen.....	2
Wirtschaftliche Situation	3
Situation im Inland.....	3
Außenhandel	4
<i>Land- und Ernährungswirtschaft.....</i>	<i>5</i>
Agrarpolitischer Überblick	5
Agrarstruktur	6
Entwicklung des Rechts- und Planungsrahmens.....	8
Programme und langfristige Planungsansätze.....	8
Ländliche Räume.....	9
Einzelmaßnahmen	9
Situation auf den Agrar- und Nahrungsmittelmärkten	10
Handelsbeschränkungen und Importsubstitution	10
Eurasische Wirtschaftsunion	12
Situation der Verbraucher	13
Pflanzen- und Tierproduktion	15
Pflanzenproduktion	15
Getreide	15
Kartoffeln	15
Weinbau	16
Weitere pflanzliche Erzeugnisse	17
Tierproduktion	18
Rinderhaltung.....	18
Schweinehaltung.....	20
Geflügelhaltung.....	21
Ökologischer Landbau	21
Fischerei.....	22
Lebensmittelindustrie.....	23
Forstwirtschaft	23
Rahmenbedingungen.....	23
Nutzung	25
Einschlag, Verarbeitung und Export	25
Energetische und private Nutzung	25
Problemfelder	26
Illegaler Holzeinschlag	26
Waldbrände.....	26
Landtechnik	27
<i>Ausblick</i>	<i>29</i>
<i>Kontakte</i>	<i>30</i>
<i>Anhang</i>	<i>31</i>
<i>Disclaimer.....</i>	<i>32</i>

Allgemeiner Überblick

Länderinformationen

Russland ist mit einer Fläche von mehr als 17 Mio. Quadratkilometern das größte Land der Erde. Es umfasst ca. 11 % der gesamten Landfläche, 8,9 % der Ackerflächen, 2,6 % der Weideflächen, 20,1 % der Waldflächen und 20 % der Süßwasservorräte der Welt. Von Westen nach Osten erstreckt sich Russland auf einer Gesamtlänge von ca. 9.000 km (11 Zeitzonen); von Norden nach Süden beträgt die Ausdehnung bis zu 4.000 km. Ca. 77 % der russischen Landfläche liegen in Asien, ca. 23 % in Europa. In großen Teilen ist Russland von kontinentalem Klima mit heißen Sommern und sehr kalten Wintern geprägt. Zugleich sind die klimatischen Unterschiede zwischen den Landesteilen ausgesprochen groß; bis auf die Tropen sind alle Klimazonen vertreten. Mit 144,4 Mio. Einwohnern¹ gehört Russland zu den weltweit am dünnsten besiedelten Flächenstaaten. Das gilt insbesondere für den asiatischen Teil des Landes, in dem nur 15 % der Bevölkerung wohnen. Die Bevölkerungsdichte variiert innerhalb des Landes erheblich. Sie liegt unter 1 Einwohner/km² im Nordosten und im russischen Fernen Osten, in der Hauptstadt Moskau und ihrer Umgebung bei 362 Einwohnern/km². Etwa 100 Ethnien leben im Vielvölkerstaat Russland; den tragenden Teil machen ethnische Russen mit ca. 80 % der Bevölkerung aus. Auf alle anderen Volksgruppen entfallen jeweils nur kleine Anteile.

Das Land ist in 83 Föderationssubjekte² aufgeteilt, die verschiedenen Kategorien (z. B. Republik, Oblast) zugeordnet sind. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Selbstbestimmungsrechte. Auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten weisen erhebliche Unterschiede zwischen diesen föderalen Einheiten auf. Der föderale Aufbau des Landes darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass weite Teile von Politik und Wirtschaft von Moskau aus gesteuert werden. 8,5 % der Bevölkerung leben in der Hauptstadt, sie erzielen 17 % des landesweiten Einkommens und erwirtschaften 21 % des russischen BIP. 56 % der Ausgaben zur Verbesserung der Lebensqualität werden in Moskau getätigt. Es kann kaum verwundern, dass es gerade qualifizierte jüngere Arbeitskräfte nach Moskau zieht.

Das politische Handeln ist innenpolitisch auf die Festigung und Fortschreibung zunehmend autoritärer Machtverhältnisse ausgerichtet. Die politische Willensäußerung der Bürger und ihre Mitwirkung am politischen Prozess wird durch Demonstrationsverbote, willkürliche Verhaftungen protestierender Bürger, die Nichtzulassung bei Wahlen, Entlassungen kritischer Redakteure und andere Maßnahmen behindert. Zugleich werden über die Medien gewünschte Erklärungsmuster verbreitet. Die Mehrheit der landesweiten TV-Kanäle soll unter der Kontrolle der Präsidialadministration stehen. Entsprechend sind starke Gegenpositionen nicht erkennbar. Gleichwohl verblasst der Glanz der Führung, nicht zuletzt wegen der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und der infolge der Corona-Krise erwarteten Rezession. Innenpolitisch hervorzuheben waren im Berichtszeitraum v. a. die Neubildung einer nunmehr überwiegend aus Technokraten zusammengesetzten Regierung und die Vorbereitung einer bedeutenden Verfassungsänderung. Sie weist zahlreiche orthodox-konservative Elemente auf, dient aber v.a. als Grundlage für Präsident Putin, bei einer Wiederwahl bis 2036 im Amt zu bleiben. Mit der Annahme der Verfassungsänderungen durch die Parlamente der Föderation und der Regionen innerhalb von nur vier Tagen und der Einstufung der Änderungen als vereinbar mit der bisher geltenden Verfassung durch das Verfassungsgericht in nur zwei Tagen steht für das Inkrafttreten nur noch die vorgesehene Volksbefragung³ aus.

Die schiere Größe des Landes, sein politisches Handeln und die fehlende Medienvielfalt begünstigen eine gewisse Konzentration auf sich selbst. Bei einer Umfrage des unabhängigen Lewada-Zentrums erklärten im August 2019 55 % der Befragten, Russland sei kein europäisches Land (8/2008: 36 %). 33 bzw. 22 % der Befragten empfanden die Beziehungen zur EU als „kühl“ bzw. „angespannt“ (6/2009: 24 bzw. 9 %).

¹ In dieser Zahl sind die beiden annektierten Krim-Regionen nicht berücksichtigt.
Um die Beachtung des *Disclaimers* am Ende dieses Berichts wird gebeten.

² In dieser Zahl sind die beiden annektierten Krim-Regionen nicht berücksichtigt.
Um die Beachtung des *Disclaimers* am Ende dieses Berichts wird gebeten.

³ Die für den 22.04.2020 vorgesehene Volksbefragung wurde im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Coronavirus verschoben. Ein neuer Termin war bei Abschluss dieses Berichts noch nicht bekannt.

Wirtschaftliche Situation

Situation im Inland

Die russische Wirtschaft ist 2019 nach Angaben des russischen Statistikamtes (Rosstat) etwas gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) (2017: 1,39; 2018: 1,41; 2019: 1,51 Bio. Euro) hat 2019 das Niveau von 2014 (1,55 Bio. Euro) annähernd wieder erreicht. Damit belief sich das BIP je Einwohner mit ca. 10.282 Euro auf etwa ein Viertel des entsprechenden Wertes in Deutschland (41.342 Euro). Hoffnungen auf eine Fortsetzung des Wachstums im Jahr 2020 werden sich infolge der kumulierten negativen Effekte der Coronavirus-Krise und des Ölpreisverfalls nicht erfüllen. Während internationale Experten Wachstumsverluste von 5,5 % prognostizieren, sind russische Beobachter deutlich skeptischer; sie halten Wachstumsverluste von 13 % und mehr für möglich.

Das 2019 noch erreichte Wachstum des BIP darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Russlands auf Energieexporten basierendes Wirtschaftsmodell keine wesentlichen neuen Wachstumstreiber erkennen lässt. Die Wirtschaft ist wenig diversifiziert und global vergleichsweise gering vernetzt. Der Anteil der Förderung von Bodenschätzen am BIP ist 2019 nur marginal gesunken (2017: 10,9; 2018: 13,2; 2019: 12,9 %). Der mit der Coronavirus-Pandemie einhergehende Nachfrageeinbruch bei Energieträgern belegt insbesondere die Abhängigkeit Russlands vom Ölpreis: Finanzminister Siluanow schätzte im März 2020 die ölpreisbedingten Einnahmeverluste für den Haushalt auf 3 Bio. Rubel⁴.

Zu den strukturellen Defiziten, die für die eher schwache wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich sind, zählen weiterhin vor allem mangelnde Rechts- und Investitionssicherheit, übermäßige Bürokratie, dominierende Stellung staatlicher oder staatlich kontrollierter Unternehmen, die zudem oft ineffizient und intransparent wirtschaften, technologischer Rückstand und mangelnde Investitionen, insb. in Humanressourcen. Auch die Korruption belastet die Entwicklung erheblich. Der Anfang 2019 veröffentlichte Korruptionsindex von *Transparency International* sieht Russland, Papua-Neuguinea und Mexiko auf Platz 138. Deutschland nimmt Platz 11 dieser Liste ein.

Der Ausbau der russisch dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU, vgl. S. 12) bleibt für Russland bedeutsam. Fortschritte werden erzielt, eine gemeinsame Aufbruchsstimmung ist aber nicht spürbar. Zwischen den Mitgliedstaaten kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen, u. a. über die Einhaltung von lebensmittel- oder verbraucherrechtlichen Vorschriften.

Unverändert ist die Wirtschaft stark von teuren Importen abhängig. Die staatliche Wirtschaftspolitik versucht mit einer WTO-rechtlich in Teilen nicht unbedenklichen Politik der Lokalisierung und der Importsubstitution gegenzusteuern. In den Bereichen Rüstung, Verkehr und Landwirtschaft können dabei gewisse Erfolge verbucht werden. Mit der Gesamtbilanz kann der zuständige Minister für Industrie und Handel, D. Manturow, aber nicht zufrieden sein. An umfassender Wirtschaftsdynamik fehlt es nach wie vor. Die Vorgaben der russischen Lokalisierungspolitik stellen gerade ausländische Unternehmen vor erhebliche Probleme. An vielen Stellen ist der Status „*Made in Russia*“ erforderlich, z. B. um Fördermittel zu erhalten oder an Vergabeverfahren teilnehmen zu können. Vorgaben zur Anerkennung des dafür erforderlichen Lokalisierungsgrades werden immer wieder verschärft (vgl. S. 28). Eine Brücke soll interessierten Firmen durch den Sonderinvestitionsvertrag (SPIK) gebaut werden. Das bis zum Juli 2019 geltende Modell sah im Wesentlichen vor, v.a. ausländischen Unternehmen Subventionen, Steuervorteile und Marktzugang in Russland im Gegenzug für Investitionen zu gewähren. 45 derartige Verträge wurden unterzeichnet (u. a. Claas, KAMAZ/Daimler, Mercedes-Benz, Sanofi, Vestas, Volkswagen). Das auf diesem Wege erreichte Investitionsvolumen soll sich auf 808 Mrd. Rubel belaufen haben. Die mittels SPIK entstandene offensichtliche Diskriminierung von Anbietern wurde in der Vergangenheit vielfach selbst von russischen Stellen kritisiert, zumal die Verträge für die übrigen Marktteilnehmer nicht transparent waren. Im August 2019 wurde von Präsident Putin die gesetzliche Neufassung des Sonderinvestitionsvertrages („SPIK 2.0“) unterzeichnet. Die damit vorgenommenen Änderungen könnten

⁴ Wechselkurs (Jahresdurchschnitt 2019): 1 Euro = 72,14 Rubel.

aber zu neuen Diskriminierungen führen, die Förderwirkung ist zumindest fraglich. Die Arbeit an den Durchführungsbestimmungen war im März 2020 noch nicht abgeschlossen.

Die soziale Lage in Russland ist von massiver Ungleichheit gekennzeichnet. Am Ende des Jahres 2019 hatten 13,5 % der Bevölkerung weniger Geld als das staatlich definierte Existenzminimum von 10.890 Rubel pro Monat zur Verfügung. Lediglich 14,0 % der Bevölkerung verfügten 2019 über ein monatliches Einkommen von mehr als 60.000 Rubel. Diese Zahlen weisen in die gleiche Richtung wie die Ergebnisse einer im April 2019 veröffentlichten Befragung von 60.000 Haushalten durch das russische Statistikamt Rosstat. Danach sind 79,5 % aller Haushalte nicht in der Lage, regelmäßig das Nötigste einzukaufen. 53 % aller Haushalte mussten bei unerwarteten Ausgaben, wie z. B. kleinen Reparaturen, einen Kredit aufnehmen. 21,1 % der Russen könnten sich nicht ganzjährig Obst leisten. Ein durchschnittlicher Haushalt benötige 58.500 Rubel monatlich zum Überleben, ein Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern 67.000 Rubel.

Das bescheidene Wachstum des BIP spiegelt sich kaum in den Einkommen wider. Zwar stiegen die Reallöhne auch im letzten Jahr an (2017: +2,9; 2018: +8,5; 2019: +2,9 %), diese Entwicklung kam aber nicht wirklich bei den Verbrauchern an. Die frei verfügbaren Einkommen (nach Steuern, Abgaben und „notwendigen Ausgaben“ für Wohnung und Grundnahrungsmittel sowie sonstigen Einkünften) stagnieren (2017: -0,5; 2018: +0,1; 2019: +0,8 %).

Stärker als die föderale Ebene, wo eine auf Konsolidierung ausgerichtete Finanzpolitik (Nettoverschuldung 2019: 12,4 % bezogen auf das BIP) und die Zinspolitik der Zentralbank stabilisierend wirken, sind viele Regionen in eine finanzielle Schieflage geraten. Nur wenige Föderationssubjekte (wie etwa Moskau) sind wirtschaftlich solide aufgestellt, zahlreiche andere sind jedoch von Subventionen aus dem föderalen Haushalt abhängig.

Außenhandel

Auch 2019 war die EU mit einem Handelsumsatz von 248,1 Mrd. Euro der wichtigste Handelspartner Russlands. Bei einer Beschränkung auf Einzelstaaten blieb Deutschland, hinter China, Russlands zweitwichtigster Handelspartner. Das Volumen des deutsch-russischen Handels ging allerdings leicht zurück (2017: 44,2; 2018: 50,5; 2019: 47,5 Mrd. Euro), vor allem infolge gesunkener Rohstoffpreise. Vom Handelsumsatz entfielen 22,5 Mrd. Euro auf Einfuhren nach Russland und 25,0 Mrd. Euro auf Ausfuhren. Die Handelsbilanz ist also relativ ausgeglichen.

Die Gesamtheit der russischen Exporte wurde auch 2019 von Energieträgern dominiert (234,5 Mrd. Euro), mit großem Abstand folgten Exporte von Metallen und Metallerzeugnissen (33,5 Mrd. Euro), Maschinen und Geräten (24,7 Mrd. Euro) und Erzeugnissen der chemischen Industrie (24,1 Mrd. Euro). Bereits auf dem fünften Platz lagen Exporte von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen (22,1 Mrd. Euro). Importiert wurden von Russland v. a. Maschinen und Geräte (100,5 Mrd. Euro). Daraus ergaben sich auch 2019 gute Chancen für deutsche Unternehmen, so auch für die Hersteller von Maschinen zur Lebensmittelverarbeitung.

Die WTO-Mitgliedschaft Russlands ist nicht frei von Spannungen und Problemen, die auch den Landwirtschaftsbereich betreffen (vgl. S. 21). Die Einschätzung des Nutzens der WTO-Mitgliedschaft ist in Russland nicht unumstritten. Die Vorteile eines weltweiten Regelungsrahmens sind vor dem Hintergrund der beschriebenen, einseitigen Struktur der russischen Exporte für manche nicht klar erkennbar. Die russische Wirtschaftspolitik trägt vielfach protektionistische Züge. Zu lesen ist, die wichtigsten positiven Effekte des WTO-Beitritts seien ohnehin durch die westlichen Sanktionen nach der Krim-Annexion nivelliert worden. Immerhin hätten die Probleme für den Agrarbereich durch das russische Agrarembargo rechtzeitig gelöst werden können. Befürworter der WTO-Mitgliedschaft sehen die WTO als attraktive Plattform für die Entwicklung multilateraler Regeln. Für die Landwirtschaft lasse die WTO genug Schutzmechanismen zu. Die danach zulässigen Fördermöglichkeiten seien in Russland noch gar nicht ausgeschöpft.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China wächst weiter. Allerdings ist das russische Unbehagen über das große Ungleichgewicht spürbar. Die beiden Länder suchen durchaus nach Verbindungen mit dem Ziel einer alternativen, nicht westlich dominierten Ordnung. Zugleich arbeiten sie aber mit Nachdruck an der Umsetzung ihrer eigenen geostrategischen Konzepte: Seidenstraßen-Initiative bzw. EAWU. Hinsichtlich Selbstverständnis und Gestaltungsmacht passen Moskau und Peking nicht zueinander. Mehr als ein wirtschaftliches Zweckbündnis zeichnet sich nicht ab.

Land- und Ernährungswirtschaft

Agrarpolitischer Überblick

Landwirtschaft hat in Russland eine beachtliche politische und gesellschaftliche Bedeutung. Die Motive dafür sind vielfältig, dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Potentiale. Auch die bisweilen verklärten Traditionen der Sowjetunion, die starke Bindung vieler Menschen an Land- und Gartenbau und die oft sehr prägnante Erinnerung an Zeiten des Mangels spielen eine große Rolle. Landwirtschaftliche Themen sind in der Öffentlichkeit, z. B. im Fernsehen, sehr viel sichtbarer als in Deutschland. Wichtige landwirtschaftliche Ereignisse werden auf höchster politischer Ebene wahrgenommen. Wie schon in den Vorjahren wurde die Landwirtschaftsmesse „Goldener Herbst“ am 9. Oktober 2019 durch den damaligen Ministerpräsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, eröffnet.

Der Anteil von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei am BIP Russlands stieg 2019 marginal an. Er liegt schon seit vielen Jahren auf hohem Niveau und belief sich 2017, 2018 und 2019 auf 3,9, 3,6 und 3,7 %. Damit nimmt dieser Bereich weiterhin den siebten Platz unter den Wirtschaftssektoren ein. Darin drückt sich zum einen die relative Schwäche anderer Wirtschaftsbereiche aus. Zum anderen haben sich Land- und Ernährungswirtschaft in den zurückliegenden Jahren tatsächlich gut entwickelt. Die weitreichende russische Einfuhrsperre für Lebensmittel aus zahlreichen Staaten (vgl. S. 10) und die damit verwandten, sehr heterogenen Maßnahmen der Importsubstitution bilden die übergeordneten Faktoren für das Wachstum der letzten Jahre.

Trotz der Bemühungen um einen stabilen Staatshaushalt und der stagnierenden Gesamtwirtschaft, wird der Agrarbereich weiterhin stark subventioniert. Die Förderung soll von 2019 (308 Mrd. Rubel) bis 2022 (364 Mrd. Rubel) sogar noch ausgebaut werden. Die verfügbaren Angaben über „Subsidien für die Landwirtschaft“ variieren allerdings stark, abhängig von der Quelle und der Einbeziehung unterschiedlicher Förderinstrumente. Der russische Haushalt lässt eine präzise Zuordnung nicht zu. Unabhängig davon betonen russische Politiker stets, die Höhe der Subventionen sei vom europäischen Niveau sehr weit entfernt. Für diese Betrachtung dürfte die Bezugsgröße von einiger Bedeutung sein. Der Bericht „*Agriculture Policy Monitoring and Evaluation 2017*“ der OECD gewährleistet durch die Berechnung eines *Producer Support Estimate* (PSE) eine gute Vergleichbarkeit. Der genannte Parameter erfasst unterschiedliche Transferleistungen (Marktpreisstützung (incl. Zolleffekte), direkte Transferzahlungen, Verzicht auf öffentliche Einnahmen (z. B. Steuererleichterungen)). Der mittlere Anteil des PSE am sektoralen Bruttoerzeugerinkommen wird für die Jahre 2014 – 2016 mit 20 % für die EU und 14 % für Russland angegeben.

Die für die nächsten Jahre vorgesehene Anhebung des Förderbudgets kommt v.a. der Exportförderung zugute, für die 2022 95 Mrd. Rubel eingesetzt werden sollen (2019: 39 Mrd. Rubel). Ziel ist die Steigerung des Agrarexports auf 45 Mrd. USD im Jahr 2024 im Rahmen des am 20. September 2018 vorgestellten föderalen Projektes „Export von Agrarerzeugnissen“. Landwirtschaftsminister Patruschew konnte zwar verkünden, man habe schon im ersten Jahr die im Projekt vorgesehene Zielgröße (2019: 24 Mrd. USD) um ca. 1 Mrd. USD überschritten, allerdings zeigen die Zahlen, dass die erwünschte Dynamik bisher ausgeblieben ist. Für 2018 werden die Agrarexporte mit 25,8 Mrd. USD beziffert, 2020 werden erneut 25 Mrd. USD angestrebt. Zur Steigerung der Exporte soll auch der Ausbau des weltweiten Netzes russischer Agrarattachés beitragen. Auswahlgespräche unter den Hörern eines entsprechenden Bildungsangebots des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO) wurden im Februar 2020 aufgenommen. Die ersten Attachés aus diesem Programm sollen noch 2020 in die Bestimmungsländer entsandt werden.

Personell ist für den Berichtszeitraum v.a. eine Personalie hervorzuheben. Im Rahmen der auch in anderen Politikbereichen technokratisch ausgerichteten Regierungsneubildung wurde die bisherige Leiterin des staatlichen Grundbuchamtes, Wiktorija Abramtschenko, am 21. Januar 2020 zur stellv. Ministerpräsidentin ernannt. Ihre Zuständigkeit umfasst v.a. die Themenfelder Landwirtschaft und Umwelt. Damit trat sie die Nachfolge des erst am 18. Mai 2018 ernannten Agrarexperten Alexej Gordejew an, dessen Führungsqualitäten und Fachkenntnisse hochgeachtet waren. Dmitri Patruschew, Sohn eines engen Vertrauten des russischen Präsidenten, blieb im Amt des Landwirtschaftsministers.

Agrarstruktur

Die Ergebnisse des aktuellsten Landwirtschaftszensus in Tabelle 1 geben einen groben Überblick über die Betriebsstrukturen. Deutlich wird zunächst der immer noch große Umfang der Kleinerzeuger in der russischen Landwirtschaft. Sie tragen erheblich zur Versorgung Russlands mit Grundnahrungsmitteln bei. Überdies lässt bereits die Anzahl dieser Betriebe erahnen, dass landwirtschaftliche Kleinerzeugung und ländliches Leben, oft nur am Wochenende oder in den Ferien, für viele Russen auch identitätsstiftend sind. Zugleich stehen die von diesen Betrieben erzeugten Mengen aber nicht auf dem Lebensmittelmarkt zur Verfügung und bedingen eine erhebliche Unsicherheit hinsichtlich der Zuverlässigkeit verfügbarer Angaben über Produktionsmengen.

Tabelle 1: Betriebsstrukturen in Russland 2016.¹⁾

		Kleinerzeuger	priv. Landwirte	Agrarunternehmen
Anzahl Betriebe	[1.000]	18.200	174,8	36,4
durchschn. Größe	[ha]	0,7	204,2	5.911
Milcherzeugung	[%]	44	7	49
Fleischerzeugung	[%]	24	3	73
Kartoffelerzeugung	[%]	78	9	14
Gemüseerzeugung	[%]	67	15	19

¹⁾ Quelle: Allrussischer Landwirtschaftlicher Zensus (2016).

Die erwerbsorientierten Betriebe wachsen sowohl zulasten der Kleinerzeuger, als auch durch einen anhaltenden Konzentrationsprozess innerhalb der Betriebsgruppen. Das gilt auch für die bäuerliche Landwirtschaft, deren Entwicklung in Tabelle 2 dargestellt ist. Während die Anzahl der Betriebe in den 1990er Jahren rasch anstieg, setzte alsbald ein fortwährender Rückgang ein. Die Anzahl der bäuerlichen Betriebe wird vom russischen Bauernverband für die Jahre 2018 bis 2020 mit 205.000, 188.000 bzw. 176.300 angegeben. Der Rückgang ist allerdings nicht immer mit Betriebsaufgaben gleichzusetzen. Verschiedentlich ist zu hören, dass die Bauern bisweilen andere Rechtsformen der Erzeugung bevorzugen.

Tabelle 2: Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft in Russland.¹⁾

		1991	1998	2008	2018
Anzahl Betriebe	[1.000]	49	270	253	205
Durchschnittsfläche	[ha]	42	51	103	241
Getreideproduktion	[tsd. t]	181	3.241	22.711	32.796
Sonnenblumenproduktion	[tsd. t]	11	330	1.995	4.185
Zuckerrübenproduktion	[tsd. t]	7	434	2.854	4.450
Kartoffelproduktion	[tsd. t]	88	309	1.468	2.835
Gemüseproduktion	[tsd. t]	18	186	1.330	2.524
Fleisch (Schlachtgewicht)	[tsd. t]	12	76	191	-
Milch	[tsd. t]	44	547	1.375	2.493
Eier	[Mio. St.]	3	120	340	465

¹⁾ Quelle: Der bäuerliche Sektor in Zahlen (Akkor, 2019).

Etwa 93.000 private Landwirte und 1.500 Kooperativen sind Mitglied bei Akkor, dem landesweit agierenden Bauernverband, der im Februar 2019 sein 30-jähriges Bestehen feierte. Akkor ist Mitglied der World Farmers' Organisation (WFO), die im Mai 2018 ihre Generalversammlung in Moskau abhielt. Nicht zuletzt durch ein mittlerweile abgeschlossenes Gemeinschaftsprojekt mit dem Deutschen Bauernverband (DBV) konnte Akkor gestärkt und attraktiver gestaltet werden; der politische Einfluss ist aber mit dem anderer europäischer Verbände nicht vergleichbar. Einige weitere, kleinere Bauernverbände haben lediglich regionale Bedeutung.

Auch wenn in der Öffentlichkeit mitunter anderes zu hören ist – die Entscheidungsträger sehen die Zukunft der landwirtschaftlichen Erzeugung in den Großbetrieben. Sie wachsen weiter und bewirtschaften einen immer größer werdenden Teil der landwirtschaftlichen Fläche. Die Flächenausstattung der 49 größten Betriebe reichte 2018 von ca. 100.000 bis 790.000 ha. Zusammen besaßen diese Betriebe 2016 bereits 18,2 % der landwirtschaftlichen Fläche (2012: 14,0 %). Diese Angaben sind jedoch nicht automatisch mit bewirtschafteter Fläche gleichzusetzen, in Abhängigkeit von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen liegen mitunter auch Flächen brach. Verschiedene dieser Betriebe sind nicht nur der Landwirtschaft bzw. Nahrungsmittelerzeugung zuzuordnen. Nummer sieben der russischen Landbesitzerrangliste ist die Agroholding Step, der gemeinsam mit einer anderen Firma 410.000 ha Land gehören. Step wiederum gehört zum Mischkonzern Sistema, der 2020 im Rahmen der Übernahme der Real-Supermarktkette bekannt wurde. Das Vermögen des Sistema-Mehrheitsaktionärs Wladimir Jewtuschenkow wurde 2019 auf 1,5 Mrd. USD geschätzt.

Das schnelle Größenwachstum geht häufig einher mit dem Aufbau vertikal integrierter Betriebe. Sowohl Verarbeiter als auch Urproduzenten streben danach, möglichst weite Teile der Wertschöpfungs- (und Qualitätssicherungs-) kette innerhalb eines Betriebes zu bündeln. So besitzt Miratorg, der Gigant unter den russischen Fleischerzeugern, landwirtschaftliche Flächen (2018: 676.000 ha), Stallanlagen, Futtermühlen sowie Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten. 2018 seien 423.000 t Schweine (Lebendgewicht), 114.000 t Geflügelfleisch und 108.000 t Rindfleisch erzeugt worden. Um die Schweineproduktion auf 7,7 Mio. Tiere jährlich zu steigern, sollen bis 2022 15 neue Schweineanlagen in der Region Kursk entstehen. Zum Unternehmen Agrokomplex der Familie des ehemaligen Landwirtschaftsministers Tkatschow gehören ebenfalls Firmen aus den Bereichen Pflanzenbau, Tierproduktion, Geflügelzucht und Lebensmittelverarbeitung sowie unternehmenseigene Geschäfte. Mit einer Flächenausstattung von ca. 644.000 ha war „Agrokomplex“ 2018 der viertgrößte Grundbesitzer Russlands. Auch die Ekoniva-Unternehmensgruppe des auch in Deutschland bekannten Agrarunternehmers Stefan Dürr, die nach eigenen Angaben zum 30. Juni 2019 579.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche kontrolliert hat, hat in den letzten Jahren eine leistungsstarke Verarbeitung aufgebaut.

Das bereits in den vorangegangenen Berichten angesprochene, fragwürdige Vorgehen einiger Großbetriebe bei ihrer Erweiterung – die Rede ist z. B. vom Abernten fremder Flächen, Erwerb von Krediten und deren unmittelbarer Fälligkeitstellung, fragwürdigen Bescheiden über Tierkrankheiten – gelangt nur selten an die Öffentlichkeit. Hinweise auf derartige Vorgänge reißen aber nicht ab. Die Betroffenen versuchen, überregional auf sich aufmerksam zu machen und sich vor Ort zur Wehr zu setzen. Unklar ist, ob die bewaffnete Auseinandersetzung um die Nutzung einer Weide in der Oblast Rostow (Südrussland), bei der im Oktober 2019 fünf Personen starben, in diesen Kontext einzuordnen ist. In jedem Fall bleiben die Betroffenen weitgehend auf sich allein gestellt; Akkor hat sich bisher nicht sichtbar mit der Problematik beschäftigt.

Die gegebenen Rahmenbedingungen haben insgesamt dazu geführt, dass in den letzten Jahren die landwirtschaftliche Erzeugung massiv gesteigert werden konnte. Ob die staatlichen Lenkungsmaßnahmen tatsächlich bewirken, dass sich ein nachhaltig leistungsfähiger, international wettbewerbsfähiger Sektor entwickelt, wird aber noch zu beobachten sein. Versuche einer kritischen Analyse sind selten. Dazu gehörte der Artikel „Rekordernte der Agrarwunder“ in der Zeitung „Nesawissimaja gaseta“ (21.11.2018). Dort wurde der Direktor eines Wirtschaftsinstituts mit der Aussage zitiert, die Erfolge der Landwirtschaft seien einzig und allein – Erfolge des Statistikamtes.

Entwicklung des Rechts- und Planungsrahmens

Programme und langfristige Planungsansätze

Im Laufe des letzten Jahres wurde die nationale Doktrin zur Ernährungssicherheit durch den Sicherheitsrat der Russischen Föderation mit Blick auf eine etwaige Verhängung neuer wirtschaftlicher Sanktionen westlicher Länder überarbeitet. Die Bedeutung der Doktrin ist zwischen Planwirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit einzuordnen. Einige agrarpolitische Leitlinien und Ziele werden formuliert, vor allem aber wird der Bevölkerung die Entschlossenheit verdeutlicht, mit der unter allen Umständen die eigene Versorgung sichergestellt werden soll. Zur Schätzung der nationalen Ernährungssicherheit wird der rechnerisch zu ermittelnde Selbstversorgungsgrad verwendet. Sozial bedingte Versorgungsunterschiede bleiben weitgehend unbeachtet, allerdings sind Kennzahlen vorgesehen, die den wirtschaftlichen und physischen Zugang zu Lebensmitteln für die Bevölkerung aufzeigen sollen. Selbst die Ernährungssicherheitsdoktrin ist aber nicht mehr so deutlich wie die vorherige Fassung auf die Importsubstitution fokussiert; Schwerpunkt ist die Steigerung des Agrar- und Lebensmittelexports.

Pläne bilden unverändert ein wichtiges Element der russischen Politik. Dazu gehört auch die vom Landwirtschaftsministerium ausgearbeitete und von der Regierung gebilligte langfristige Entwicklungsstrategie für die russische Getreidewirtschaft bis zum Jahr 2035. Im optimistischen Szenario sieht die Strategie eine Steigerung der einheimischen Getreideproduktion auf 150,3 Millionen Tonnen (+ 33 % gegenüber dem Jahr 2018) und der Getreideausfuhr auf 63,6 Millionen Tonnen (+ 16 %) vor. Die Förderung der russischen Getreidewirtschaft soll zur nationalen Ernährungssicherung und zum Ausbau des Agrarexports beitragen sowie Auftrieb für die Entwicklung der vor- und nachgelagerter Wirtschaftsbranchen geben. Besondere Beachtung finden in der Strategie Maßnahmen zur Qualitätssteigerung bei Getreide und Getreideprodukten. Weiterhin sieht die Strategie eine aktive Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur sowie die Stärkung der wissenschaftlichen und technischen Unterstützung der Branche vor.

Im Rahmen des Föderalen Programms zur wissenschaftlich-technischen Entwicklung der Landwirtschaft für den Zeitraum 2017-2025 gibt es einen Fächer unterschiedlicher Teilprogramme, der noch deutlich erweitert wird. Das Landwirtschaftsministerium hat mit dem föderalen Forschungsministerium und der Russischen Akademie der Wissenschaften einen Entwurf des Teilprogramms „Entwicklung der Produktion von Futtermitteln und Futterzusätzen“ erarbeitet. Damit soll eine nachhaltige Versorgung der russischen Tierhaltung mit hochwertigen inländisch produzierten Futtermitteln sichergestellt werden. Für ein Teilprogramm „Entwicklung der Selektion und Saatzucht von Ölpflanzen in Russland“ hat das Landwirtschaftsministerium einen Entwurf erarbeitet. Mit diesem Teilprogramm soll u. a. ein Vermarktungssystem für einheimisches Saatgut aufgebaut und das Vertrauen der Landwirte in die einheimische Pflanzenzucht gestärkt werden. Zwölf weitere Teilprogramme sollen im Jahr 2020 lanciert werden, ließ das Wissenschaftsministerium wissen (z. B. „Kleinviehzucht“, „Fleischviehzucht“, „Milchviehzucht“, „Aquakultur“). Für die neuen Projekte sollen in diesen Bereichen bis 2025 ca. 6,2 Milliarden Rubel bereitgestellt werden.

Eine Entwicklungsstrategie für den Maschinenbau im Bereich der Lebensmittel- und Verarbeitungsindustrie bis zum Jahr 2030 wurde durch das Ministerium für Industrie und Handel unter Mitwirkung der Branchenvereinigung Rosspezmasch ausgearbeitet und von der Regierung verabschiedet. Die Strategie hat die Verdreifachung des Umsatzes im Branchenzweig Nahrungsmittel- und Verarbeitungsmaschinen bis zum Jahr 2030 zum Ziel. Weiterhin ist die Steigerung des Anteils einheimischer Nahrungsmittel- und Verarbeitungsmaschinen im Binnenmarkt auf bis zu 62 % vorgesehen, der Zuwachs beim Branchenexport soll pro Jahr mindestens 10 % betragen. Darüber hinaus sollen auch die Ausgaben für Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung angehoben werden. Die Umsetzung der Strategie wird im Rahmen des staatlichen Programms „Entwicklung der Industrie und Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit“ und des nationalen Projektes „Internationale Kooperation und Export“ geplant.

Das vom früheren Ministerpräsidenten Medwedew gebilligte Programm zur Entwicklung genetischer Technologien für den Zeitraum 2019-2027 zielt auf eine beschleunigte Entwicklung moderner genetischer Technologien, darunter auch Genom-Editierung ab. Schlüsselbereiche des Programms sind: Biologische Sicherheit und Sicherung der technologischen Selbstständigkeit sowie genetische Technologien zur Entwicklung der Landwirtschaft, Medizin und der industriellen Mikrobiologie. Die geplante Finanzierung des Programms beträgt insgesamt 111,5 Milliarden Rubel, davon 8,1 Milliarden Rubel im Jahr 2019 und 13,6 Milliarden Rubel im Jahr 2020.

Ländliche Räume

Im Juni 2019 wurde das vom Landwirtschaftsministerium unter Mitwirkung der Regionen sowie von Experten und Vertretern der Wirtschaft ausgearbeitete staatliche Programm „Integrierte ländliche Entwicklung“ für den Zeitraum 2020 bis 2025 durch die Regierung gebilligt. Das Programm sieht Maßnahmen zur Wohlfahrtssteigerung und Verbesserung des Beschäftigungsniveaus von Bewohnern ländlicher Regionen, zur Stabilisierung des Anteils der ländlichen an der Gesamtbevölkerung sowie zur Gestaltung einer erschwinglichen Wohnsituation und einer modernen Infrastruktur in ländlichen Räumen vor. Von den Maßnahmen sollen nicht nur Mitarbeiter landwirtschaftlicher Betriebe und Landwirte, sondern alle Bewohner ländlicher Räume profitieren. Das Programm ist durch eine aktive Einbeziehung bürgerlicher Initiativen charakterisiert. Vorschläge zu umsetzbaren Projekten im Bereich ländlicher Entwicklung für konkrete Regionen sollen demzufolge vor Ort entwickelt und initiiert werden. Insgesamt waren 2,3 Billionen Rubel für das Programm vorgesehen, davon ca. 1 Billion Rubel aus dem föderalen Haushalt und fast die gleiche Summe aus außerbudgetären Quellen. Das föderale Agrarministerium rechnete schon 2019 damit, dass das Programm bis zum Jahr 2030 verlängert würde.

Nachdem in einer Projektierung vom 29. Januar 2020 zunächst sogar eine Aufstockung der Mittel auf 3 Billionen Rubel vorgesehen war, schlug das föderale Landwirtschaftsministerium im Februar 2020 vor, die Mittel für das staatliche Programm „Integrierte ländliche Entwicklung“ von 2,3 auf 1,5 Billionen Rubel für den Zeitraum 2020 bis 2025 zu kürzen. Die Änderungen seien erforderlich, um die Finanzierung mit dem föderalen Haushaltsgesetz für den Zeitraum 2020–2022 in Einklang zu bringen. Der größte Rückgang wird für 2020–2022 erwartet: Anstelle der ursprünglich aus dem föderalen Haushalt für das staatliche Programm eingeplanten Summe von 1 Billion werden nur 241,5 Milliarden Rubel bereitgestellt. Auch die Programmziele wurden angepasst. Das Verhältnis der Einkommen in ländlichen und städtischen Gebieten soll demnach bei 75,5 % statt 80 % liegen (2017: 67 %). Der geplante Anteil an komfortablem Wohnen in Dörfern wird von 50 % auf 43,2 % (2017: 32,6 %) gesenkt. Gleichzeitig wurde der Hauptindikator, der Anteil der ländlichen Bevölkerung, von 25,3 % auf 25,1 % im Jahr 2025 angepasst (2017: 25,7 %).

Das Gesetz „Über das Fernmeldewesen“ sieht eine flächendeckende Post- und Telekommunikationsversorgung in Russland vor. Aktuell sollen landesweit 25.000 kleine Siedlungen mit 100 bis 500 Einwohnern keinen Zugang zur modernen Telekommunikationsinfrastruktur haben. Diesbezüglich plant die russische Regierung die Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke Versorgung dieser Siedlungen mit Anbindung an die Infrastruktur für Internet, Telefon und Funkverbindungen. Die entsprechenden Maßnahmen sollen schrittweise umgesetzt werden, für Siedlungen mit 250 bis 500 Einwohnern bis zum Jahr 2024 und für Siedlungen mit 100 bis 250 Einwohnern bis zum Jahr 2026. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde der Duma im Herbst 2019 übermittelt.

Einzelmaßnahmen

Das lange beratene Gesetz „Über die Herstellung organischer Erzeugnisse“ trat am 1. Januar 2020 in Kraft. In einem zweiten Schritt soll nun neben den Ökolandbau die Erzeugung nach einem nationalen „grünen Standard“ treten. Mit einem „grünen Label“ sollen Agrarerzeugnisse und Lebensmittel „verbesserter ‚grüner‘ Qualität“ gekennzeichnet werden dürfen. Der Grundgedanke weist gewisse Parallelen zum Integrierten Pflanzenbau auf. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll bis zum Jahr 2021 verabschiedet werden.

Im Kampf gegen die enzootische Rinderleukose sollen landwirtschaftlichen Kleinunternehmen ab 2020 Fördermaßnahmen für die Tötung kranker und den Erwerb gesunder Tiere zur Verfügung stehen. Die Abwicklung soll über Genossenschaften erfolgen.

Der frühere Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnete im November 2019 eine Verordnung zur Einführung einer obligatorischen Herkunftskennzeichnung für bestimmte Milchprodukte (u. a. Frischmilch, Sahne, Sauermilcherzeugnisse, Butter, Käse), die am 1. Juni 2020 in Kraft treten soll. Der Verkauf von Molkereierzeugnissen, die vor der Einführung der obligatorischen Kennzeichnung hergestellt wurden, wird bis 1. Dezember 2020 erlaubt.

Das Gesetz über den Anbau und die Erzeugung von Wein in der russischen Föderation wird im Juni 2020 in Kraft treten (vgl. S. 16).

Situation auf den Agrar- und Nahrungsmittelmärkten

Handelsbeschränkungen und Importsubstitution

Das am 6. August 2014 erlassene, zunächst einjährige Einfuhrverbot für die meisten Agrargüter westlichen Ursprungs („Embargo“) wurde bereits mehrfach, zuletzt am 24. Juni 2019, verlängert. Die entsprechenden Maßnahmen gelten dadurch bis zum 31. Dezember 2020. Nachdem Russland aus WTO-rechtlichen Gründen das vordergründig seuchenhygienisch begründete Einfuhrverbot für Schweine und Schweinefleisch aufheben musste (vgl. S. 21), erwiesen sich daraus erwachsene Hoffnungen als unbegründet. Am 25. Oktober 2017 wurde die Liste der Waren, die unter das Embargo fallen, um lebende Schweine (mit Ausnahme reinrassiger Zuchttiere), Lebensmittelnebenprodukte (mit Ausnahme von Waren zur Herstellung von Pharmazeutika) von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen, Pferden, Eseln und Maultieren sowie unterschiedliche Fette von Schweinen, Rindern, Schafen, Ziegen und Geflügel ergänzt. Die Einfuhr getrockneter Molke zur Herstellung von Babynahrung wurde dagegen per Dekret vom 6. April 2020 bis zum 31. Dezember 2020 gestattet. Daraus lässt sich kein Hinweis auf einen Versorgungsengpass ableiten. Hintergrund dürfte vielmehr sein, dass man die Chancen eines russischen Babynahrungsherstellers verbessern will, der Molke einführen muss, während seine westlichen Konkurrenten höherverarbeitete Produkte einführen, die nicht unter das Embargo fallen. Das russische Landwirtschaftsministerium wurde mit der Ausarbeitung des Verfahrens beauftragt und hat einen Vorschlag für eine Quote in Höhe von 3.000 t vorgelegt.

Für Aufmerksamkeit sorgte der Vorschlag der russischen Zollbehörde, eine Embargoliste aus zweistelligen Zollkapi-
telnummern anstelle der bisher verwendeten vierstelligen Zollpositionsnummern einzuführen. Mit dem Vorschlag wurde vermutlich mindestens auch die Absicht verfolgt, die Handhabung des Embargos zu vereinfachen. Zugleich hätte eine Umsetzung aber auch eine deutliche Erweiterung des Embargos bedeutet. Nach einem Gespräch mit russischen Wirtschaftsvertretern, in dem die Frage der Substituierbarkeit der betroffenen Waren im Mittelpunkt gestanden haben soll, hat das Landwirtschaftsministerium entschieden, dem Vorschlag nicht zu folgen. Man könne aber im politischen Bedarfsfall darauf zurückkommen.

Präsident Putin hat in den letzten Jahren verschiedentlich erklärt, das Embargo werde beendet, wenn die Sanktionen gegen Russland aufgehoben würden. Derartige Einordnungen des Embargos in einen größeren Zusammenhang sind aber selten, im Mittelpunkt der Bewertung steht in Russland mittlerweile der Nutzen für den eigenen Agrarbereich. Die Hoffnungen des russischen Agrarsektors auf eine Fortführung des Embargos sind groß. Kritik ist nur gelegentlich zu hören. Dabei geht es nicht um die rechtlich-politische Einordnung, sondern allenfalls um die Effekte für die Verbraucher (vgl. S. 13) und den Agrarsektor.

Für die landwirtschaftlichen Erzeuger in Russland schafft das Embargo einen künstlichen Schutzraum, dessen längerfristige Wirkung noch nicht klar abzusehen ist. Deutlich sichtbar sind die großen, bereits angesprochenen Produktivitätszuwächse, die durch das Embargo und andere protektionistische Maßnahmen sowie eine massive Förderung des Agrarsektors erreicht werden konnten. Allerdings ist die Gefahr von Fehlallokationen und subventionierter Ineffizienz groß.

Die Auswirkungen des Embargos auf den Agrar- und Ernährungsbereich der EU sind bei Betrachtung des gesamten Sektors begrenzt. Der Wert der Lebensmittelausfuhren aus der EU stieg seit der Einführung des Embargos im Jahr 2014 an. Hauptabnehmer waren 2019 Großbritannien (41,2 Mrd. Euro), die USA (21,9 Mrd. Euro), China (14,5 Mrd. Euro), die Schweiz (8,4 Mrd. Euro), Japan (7,3 Mrd. Euro) und Russland (7,0 Mrd. Euro). Auch die Lebensmittelausfuhren nach Russland steigen nach einem dramatischen Einbruch wieder an (vgl. S. 11). Auch wenn sich bei einer Differenzierung nach Mitgliedstaaten und Produktgruppen ein heterogeneres Bild ergibt, drückt die in Russland sehr häufig zu hörende Aussage, das Embargo schade der europäischen Landwirtschaft massiv, eher eine Hoffnung als die Realität aus.

Bei einer auf Deutschland begrenzten Betrachtung zeigt sich ein ähnliches Bild. Nach vorläufigen Angaben stiegen die deutschen Agrarausfuhren nach Russland von 2018 auf 2019 um rund 3 % an. Die wertmäßig wichtigsten Produktgruppen bei den Ausfuhren waren 2019 Kakao und -erzeugnisse (rd. 188 Mio. Euro), bestimmte Lebensmittelzubereitungen (139 Mio. Euro), Bier (92 Mio. Euro), Kaffee (91 Mio. Euro) sowie Backwaren und andere Zubereitun-

gen aus Getreide (rd. 90 Mio. Euro). Produktgruppen, bei denen ein besonders hoher Anteil der deutschen Ausfuhren auf Russland entfiel, waren Bruteier (23,3 % der deutschen Ausfuhren), lebende Rinder (20,8 %), Raps- und Rübsensamen (10,0 %), Kakaopulver (8,8 %), Hopfen (7,8 %) und Bier (7,8 %). Trotz des gestiegenen Ausfuhrvolumens spielt Russland für Deutschlands Agrarexporte natürlich eine deutlich geringere Rolle als in früheren Jahren. 2012 mit Agrarausfuhren im Wert von rd. 1,9 Mrd. Euro noch wichtigstes Zielland außerhalb der EU, lag Russland 2019 mit rd. 1,1 Mrd. Euro nur noch an vierter Stelle unter den Nicht-EU-Ländern. Die deutschen Agrareinfuhren aus Russland stiegen von 2018 auf 2019 um rd. 3 % von 304 auf 314 Mio. Euro. Größte Einzelposten waren Fische und Fischzubereitungen (88 Mio. Euro), Ölsaaten und -produkte (86 Mio. Euro) sowie Branntwein (31 Mio. Euro).

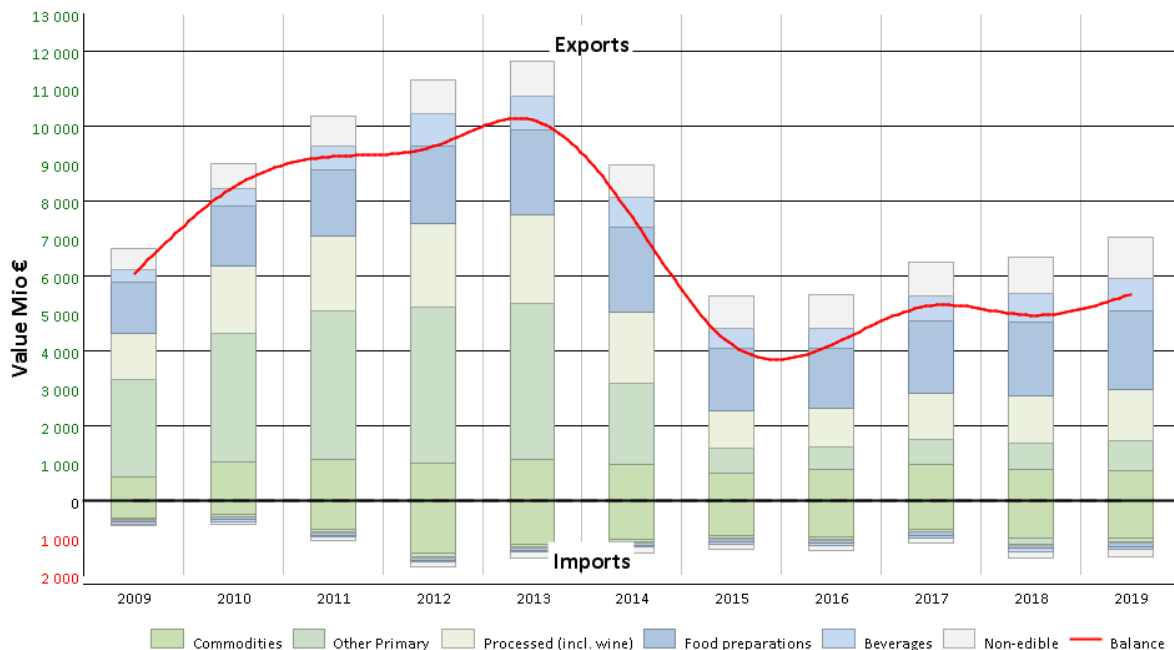


Abbildung 1 Entwicklung des Agrarhandels zwischen der EU (27) und Russland.

Exporte aus der EU, Importe in die EU und Agrarhandelsbilanz.

Quelle: Europäische Kommission, Generaldirektion Agri, Agri-Food Trade Statistical Factsheet.

Zum Themenfeld der Handelsbeschränkungen gehören auch zahlreiche spezifische Maßnahmen, mit denen Russland den Handel einzelner Waren bzw. Warengruppen mindestens erschwert. Die eher diffuse Idee der Imports substitution wurde bereits angesprochen (vgl. S. 3). Deutlich sichtbar sind die Versuche, eine eigene Saatguterzeugung aufzubauen, dabei wird immer wieder mit der Angst gespielt, der Saatguthandel könnte zum Gegenstand der westlichen Sanktionen werden. Die staatliche Antimonopolbehörde hat ihre Möglichkeiten genutzt und dem Erwerb von Monsanto durch Bayer nur unter Bedingungen zugestimmt, darunter v. a. die Bereitstellung von Informationen und genetischem Material zur Verbesserung der Saatguterzeugung. Europäische Saatgutanbieter berichten von zunehmenden Schwierigkeiten bei der Registrierung neuer Saatgut-, insbesondere Pflanzkartoffelsorten. Dahinter dürfte der in Russland häufig geäußerte Gedanke stehen, wenn der Warenverkehr eingeschränkt werde, entstehe die eigene Erzeugung von selbst. Andere Maßnahmen scheinen sich mehr an spezifischen, aktuellen Opportunitäten auszurichten und weniger einer übergeordneten Strategie zu dienen. Das Zulassungsverfahren für Tierarzneimittel ist seit einiger Zeit so gestaltet, dass die Übereinstimmung mit einer guten Herstellungspraxis erforderlich ist. Diese kann nur durch eine russische Stelle festgestellt werden. Europäische Tierarzneimittelhersteller berichten von zeitaufwendigen, teuren und willkürlichen Verfahren. Dahinter dürften wirtschaftliche Interessen einzelner Beteiligter stehen, die auf diese Weise internationale Konkurrenz behindern, Wissen über Fertigungsprozesse gewinnen oder durch Dienstleistungen im Genehmigungsprozess unmittelbar Einnahmen erzielen wollen.

Eurasische Wirtschaftsunion

Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 ging aus der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft die EAWU hervor. Vorangegangen war die Bildung einer Zollunion im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft durch Russland, Belarus und Kasachstan am 6. Juli 2010 und die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums am 1. Januar 2012. Die EAWU ist ein Zusammenschluss von Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Russland. Dabei weist die Mitgliedschaft Armeniens einige Besonderheiten auf. Das Land hat ein umfassendes Partnerschaftsabkommen mit der EU geschlossen und keine unmittelbare Landesgrenze zu den anderen Mitgliedstaaten.

Auf Russland entfallen ca. 80 % der Einwohner der EAWU und ca. 75 % ihres BIP. Diese Dominanz und die mangelnde Bereitschaft Russlands, sich supranational oder intergouvernemental einbinden zu lassen, belasten die Entwicklung der Integration. Für Russland ist die EAWU kein ideelles Projekt, sondern vor allem ein Vehikel, um verschiedene eigene Ziele durchzusetzen. Die EAWU und insbesondere die Eurasische Wirtschaftskommission (EAWK) sind zu schwach, um ein eigenes Profil zu entwickeln. Die immer wieder behaupteten Bezüge zu ideellen "eurasischen" Konzepten lassen sich nicht belegen.

Tabelle 3: Statistische Kennzahlen der Eurasischen Wirtschaftsunion (2018).ⁱ⁾

		ARM	BLR	KAZ	KGZ	RUS	EAWU
Bevölkerung	[Mio.]	3,0	9,5	18,4	6,4	146,8	184,3
im ländl. Raum	[%]	36,1	21,6	41,8	66,0	25,4	28,5
bis 14 Jahre	[%]	20,2	16,9	28,5	32,6	17,7	-
Lebenserwartung	[Jahre]	75,9	74,5	73,2	71,3	72,9	-
BIP	[Mrd. USD]	12,4	59,6	179,3	8,1	1.661,0	1.920,4
BWS Landwirtschaft ⁱⁱ⁾	[Mio. USD]	1.703	3.815	7.883	943	52.264	66.608

ⁱ⁾ Quelle: Statistisches Jahrbuch der Eurasischen Wirtschaftskommission, Moskau 2019.

ⁱⁱ⁾ Bruttowertschöpfung in den Bereichen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft (ohne Lebensmittelverarbeitung).

Der Agrarbereich hat auch in der EAWU nur begrenzte wirtschaftliche Bedeutung (vgl. Tabelle 3). Gleichwohl erfährt der Sektor aus unterschiedlichen Gründen erhebliche Aufmerksamkeit. Dazu gehören das Streben der EAWU bzw. ihrer Mitgliedstaaten nach weitgehender Autarkie, die große Sichtbarkeit der Produkte im Alltag, die Bedeutung der Landwirtschaft für die weiten ländlichen Räume, das Bestreben Russlands, die EAWU bei der Durchsetzung des Agrarembargos zu nutzen, aber auch der offene Konflikt zwischen dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und dem Chef der russischen Behörde für Veterinär- und Pflanzengesundheit, Sergej Dankwert.

Der streckenweise planwirtschaftlich anmutenden, aber durchaus umfangreichen Agenda der EAWU im Agrarbereich steht die institutionelle Schwäche der EAWK gegenüber. Während die für Landwirtschaft zuletzt zuständigen Minister, Alexander Subbotin ebenso wie sein Vorgänger Sergej Sidorski, aus Belarus stammten, bekleidet seit 1. Februar 2020 mit Artak Kadshykwitsch Kamaljan ein Armenier dieses Amt. Wenngleich diese Wahl vordergründig Neutralität im Dauerstreit zwischen Belarus und Russland verspricht, dürfte es zugleich auch zu einer weiteren Schwächung des Amtes führen. Die von dem Ökonomen Stanislaw Buben geleitete Landwirtschaftsabteilung hat nur etwa 30 Mitarbeiter.

Die landwirtschaftliche Produktion in der EAWU soll erneut etwas gestiegen sein. Für 2019 wird sie ggü. 2018 (100 %) mit -3,8 % (Armenien), 2,9 % (Belarus), 0,9 % (Kasachstan), 2,6 % (Kirgisistan) und 4,0 % (Russland) angegeben. Der Produktionssteigerung in den zurückliegenden Jahren entsprechend, konnte die Handelsbilanz im Agrarbereich deutlich verbessert werden. Belief sich das Defizit 2014 noch auf 23,7 Mrd. USD, betrug es 2019 nur noch 5,5 Mrd. USD. Importiert werden in großem Umfang auch Produkte, die bei den gegebenen naturräumlichen Möglichkeiten eigentlich ausreichend erzeugt werden könnten. Das geschieht mitunter unter Umgehung des russischen Agrarembargos, wobei nach einhelliger Expertenmeinung Belarus der wesentliche Umschlagplatz ist. Die Struktur der Exporte spiegelt ein Dilemma wider, das konkret auch für die russische Agrarwirtschaft zutrifft. Expor-

tiert werden v. a. nicht bzw. wenig verarbeitete Produkte auf Märkte, von denen viele nicht zahlungskräftig sind. Auf die EU entfiel 2017 ein Anteil der Agrarexporte von 11,7 %. In Russland sind deutlich Stimmen hörbar, die Exporte in die EU für nicht ausbaufähig halten und eine Konzentration auf andere Märkte fordern.

Das Binnenagrarmarktvolumen stagniert auf rel. geringem Niveau (2014: 8,9; 2017: 8,2; 2019: 9,5 Mrd. USD). Der wichtigste Lieferant für den Binnenmarkt war auch 2019 nicht etwa Russland (38,6 %), sondern Belarus (48,8 %). Hierin dürfte sich auch die o. g. Funktion des Landes beim Schließen embargobedingter Versorgungslücken widerspiegeln. Im Oktober 2018 war von den beiden Staaten ein Dokument gezeichnet worden, mit dem die Höhe der Lieferungen von Fleisch und Milch aus Belarus nach Russland geregelt wurde – in einem einheitlichen Binnenmarkt bereits an sich ein bemerkenswerter Vorgang. Aber selbst die seitens Belarus gehegte Hoffnung, damit könne immerhin ein vorläufiges Ende des als willkürlich empfundenen Handelns der russischen Behörde für Veterinär- und Pflanzengesundheit erreicht werden, erfüllte sich nicht. Noch im gleichen Monat ließ deren Leiter, S. Dankwert, verlauten, von einem Aufheben aller Restriktionen könne keine Rede sein. Im Februar 2020 waren Restriktionen gegen ca. 60 belarussische Hersteller von Fleisch- bzw. Milchprodukten in Kraft. Auf diese fortwährenden Behinderungen reagierte Präsident Lukaschenko genervt: „Wenn Dankwert nicht aufhört, uns die kalte Schulter zu zeigen, werden wir uns von Russland abwenden und einfach nach China liefern“.

Die Schwäche der EAWU bei der Durchsetzung eines einheitlichen Binnenmarkts zeigt sich auch bei Fragen des Transits durch Russland. Die russische Zollbehörde (FTS) vertritt die Auffassung, dass das Agrarembargo auch auf Transitware anzuwenden sei. Dem liegt die Einschätzung zugrunde, dass die Abfertigung zum Transitverfahren bereits eine zollrechtliche Einfuhr von Waren nach Russland darstellt und damit unter das Agrarembargo fällt.

Nach der Einführung eines gemeinsamen Zollkodexes am 1. Januar 2018 könnte die Einigung auf einen gemeinsamen Rechtsrahmen ein nächster wichtiger Integrationsschritt sein. Entsprechende Gespräche wurden auf Arbeitsebene allerdings nicht für die EAWU, sondern zwischen Belarus und Russland aufgenommen. Das Ziel, bis 2021 gemeinsame Regeln für die Bereiche Energie, industrielle Fertigung, Landwirtschaft und Verkehr zu finden, ist mind. ambitioniert, selbst wenn es zunächst nur um solche Regelungen gehen dürfte, die sehr unmittelbare Relevanz für den Binnenmarkt haben.

Situation der Verbraucher

Die Regale in den russischen Läden sind gefüllt. Die Verfügbarkeit der meisten Waren entspricht in den großen Städten grundsätzlich dem Standard westlicher Länder. Selbst die Erschwernisse der Coronavirus-Pandemie haben nur temporär das Angebot bestimmter Waren beeinträchtigt. Die stabile und umfangreiche Warenverfügbarkeit ist aber nur zu einem Teil auf die eigene, mit großem Einsatz intensivierte Agrarwirtschaft zurückzuführen. In erheblichem Umfang werden Agrar- und Ernährungsgüter eingeführt. Im vergangenen Jahr machten diese Produkte 12 % der gesamten Importe aus. Kritisch-nachdenkliche Stimmen, wonach Russland auf monetärer Basis immer noch mehr Lebensmittel ein- als ausführe, sind in der Öffentlichkeit allerdings nur selten zu hören. Importiert werden Waren aus Ländern, die nicht unter das russische Agrarembargo fallen, bzw. einen Umweg über diese Länder genommen haben. Dabei passen bestimmte Herkunftsangaben kaum zu den angebotenen Waren, so ist in Moskau Salat und Gemüse aus dem Jemen ein gut sichtbarer Teil des Warenangebots. Die Bedeutung Belarus' in diesem Zusammenhang wurde bereits angesprochen. Bereits im Zeitraum 8/2014 bis 5/2015, also unmittelbar nach dem Embargo, wurde mehr als doppelt so viel Obst aus der EU nach Belarus exportiert (954.143 t) als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (405.195 t). Bei Gemüse war die gleiche Entwicklung zu beobachten (315.676 vs. 135.471 t). Der Umfang der Wareneinfuhr aus Belarus ist in kurzen Abständen Gegenstand massiver Kritik durch die russische Behörde für Tier- und Pflanzengesundheit. Kritisiert werden regelmäßig die unklare Warenherkunft und vermeintliche Qualitätsmängel, dabei geht es häufig um Produkte tierischer Herkunft.

Das Bemühen, eine bestimmte Angebotsbreite nicht zu gefährden, bzw. das Streben findiger Unternehmer etwaige Angebotslücken zu schließen, dürfte einer der Gründe dafür sein, warum es offenkundig nicht gelingt, das Embargo vollständig durchzusetzen. Vom 6. August 2015 bis zum 31. März 2019 sollen 27.903 t Lebensmittel beschlagnahmt worden sein, davon aber lediglich 4,1 % tierische Produkte – ein Bereich, in dem das Angebot russischer, insbesondere hochwertiger Waren besonders deutliche Defizite aufweist. Bemerkenswert ist auch der ethische Aspekt dieser Maßnahme; die beschlagnahmte Ware wurde nahezu vollständig (27.624 t) vernichtet. Einzig der damalige Vize-

premierminister Gordejew kritisierte im Sommer 2019 in deutlichen Worten, die Vernichtung von Lebensmitteln sei nicht richtig. Man könne die Produkte untersuchen und danach ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung zuführen. Die Verbraucherschutzbehörde schlug vor, diese Ware immerhin als Rohstoff für die Bio-Treibstoffgewinnung zu nutzen. Aus dem Kreml wurde allerdings alsbald kommentiert, um Missbrauch auszuschließen, sei die Vernichtung der Lebensmittel der richtige Weg.

In einigen Bereichen wird die Breite des Warenangebots dadurch gesichert, dass mit bestimmten Produktbezeichnungen (z. B. Bacon, Parmesan) ziemlich frei umgegangen wird. In anderen Bereichen trägt das de facto tolerierte Panschen bestimmter Lebensmittel (zum Palmöleinsatz vgl. S. 19) dazu bei, Angebotslücken zu verhindern. Die Erfolge all dieser Findigkeit sind jedoch begrenzt. Bei einer Umfrage im Frühjahr 2020 antworteten 22,7 % der Befragten, es gebe gar keinen echten Serrano-Schinken in Russland, 70,3 % hatten von russischem Serrano-Schinken noch nichts gehört. Nur 15 % waren zufrieden mit der Qualität von russischem Käse. Nur 13 % der Befragten waren zufrieden mit den russischen Käsearten, die als Parmesan, Camembert, Brie oder Mozzarella verkauft werden. Breite und Qualität des Warenangebots dürfen allerdings nicht nur mit dem Embargo in Verbindung gebracht werden, sie sind auch ein Spiegel der geringen Kaufkraft weiter Teile der Bevölkerung.

Die Lebensmittelpreise stiegen in den letzten Jahren fortwährend an (2017: + 1,1; 2018: + 4,7 %; 2019: +2,6 %). Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Zum 1. Januar 2019 wurde die Mehrwertsteuer von 18 auf 20 % angehoben. Auch wenn die geringere Besteuerung (10 %) von Grundnahrungsmitteln erhalten geblieben ist, sollen von der Steuererhöhung ca. 76 % des gesamten Warenkorbs betroffen sein. Vor diesem Hintergrund war der Anstieg der Preise 2019 noch moderat. Weitere preissteigernde Faktoren sind z. B. das Agrarembargo und die agrarpolitische Fokussierung auf Exporte. Entsprechende Mahnungen der Russischen Akademie für Volkswirtschaft und Öffentlichen Dienst (RANEPA) finden aber keine nennenswerte Beachtung.

Besonders von den Preissteigerungen betroffen sind die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen. Auch wenn der große Umfang der landwirtschaftlichen Kleinerzeugung und ähnliche Faktoren manche Härte mildern können, müssen sich die Verbraucher immer weiter einschränken. Hochwertige Waren werden durch günstigere substituiert bzw. der Konsum eingeschränkt. Ein plakatives Maß dafür ist der sehr geringe durchschnittliche Einkaufswert, der in den letzten Jahren trotz Preissteigerungen eher gefallen ist. Sogar die Hamsterkäufe im Rahmen der Coronavirus-Pandemie, zuletzt besonders in der 12. Kalenderwoche ausgeprägt, wirkten sich nur moderat auf den durchschnittlichen Einkaufswert aus (2019: 523, 2020: 555 Rubel, jeweils KW 12). Die Möglichkeiten, sich an die Entwicklung durch Änderungen des privaten Verbrauchsverhaltens immer weiter anzupassen, sind jedoch begrenzt. Auch wenn diese Parameter schwierig zu interpretieren sind, geben die Berichte über ernährungsbedingte Krankheiten, Alkoholmissbrauch und Verschuldung zu denken. Der Hinweis der RANEPA, die Frage der Versorgungssicherheit dürfe nicht auf der Grundlage von Durchschnittswerten und Bilanzen beantwortet werden, sondern müsse die Situation unterschiedlicher Bevölkerungsschichten berücksichtigen, blieb allerdings bisher ungehört.

Einen gewissen Einfluss auf die Verfügbarkeit von Lebensmitteln übt auch die Landesgröße aus, wie unmittelbar nach Beginn der Coronavirus-Pandemie zum Jahreswechsel 2019/2020 deutlich wurde. Auch wenn der Anteil der chinesischen Waren an der russischen Lebensmittelversorgung landesweit und produktübergreifend betrachtet moderat ist, ist seine Bedeutung für den Fernen Osten immerhin so groß, dass das Ausbleiben durch eine Schließung der Grenze im Januar deutlich auf die Preise im dortigen Lebensmitteleinzelhandel durchschlug. Bei bestimmten Gemüsearten stiegen die Preise um 50 – 100 %. Grundsätzlich gäbe es durchaus die Möglichkeit, die regionale Erzeugung zu stärken. Allerdings werden auf 900.000 von 1,3 Mio. ha Agrarfläche in Amur Sojabohnen für den Export erzeugt.

Die angesprochenen Probleme hinsichtlich Kaufkraft und Preissteigerung halten die großen Lebensmittelhändler jedoch nicht von großen Investitionen ab. Die Händler sehen das Land im wirtschaftlichen Aufschwung, berichten von Profitabilität und Wachstumspotenzialen für ihre Ketten. Noch wird dieser Bereich von traditionellen Geschäften geprägt. Erst 2017 soll der Anteil des traditionellen Lebensmittelhandels unter 50 % gesunken sein.

Pflanzen- und Tierproduktion

Pflanzenproduktion

Getreide

Die Getreideanbaufläche (incl. Körnermais, Hirse, Buchweizen und Reis) war bereits in der UdSSR seit längerer Zeit kontinuierlich zurückgegangen. 1980 hatte sie 121,8 Mio. ha betragen, 1989 belief sie sich auf 104,8 Mio. ha. Auch der Weizenanbau wurde reduziert (1980: 61,5, 1989: 47,7 Mio. ha). Der mittlere Weizenertrag betrug in dieser Zeit zwischen 12,7 (1984) und 18,3 dt/ha (1989). Kennzahlen des russischen Getreideanbaus sind in Tabelle 4 angegeben. Deutlich wird, dass die heutige Anbaufläche wesentlich geringer als in der UdSSR ist. Darin spiegelt sich natürlich v. a. die verringerte Landesfläche wider, aber auch der stark reduzierte Ackerbau (zu brachliegenden Flächen vgl. S. 21). Überdies ist aus der Tabelle ersichtlich, dass im landesweiten Durchschnitt der russische Getreideanbau weit vom westeuropäischen Ertragsniveau entfernt ist.

Tabelle 4: Entwicklung des Getreideanbaus in Russland.ⁱ⁾

		1994	2004	2014	2017	2018
Getreideanbaufläche	[Mio. ha]	54,0	40,5	42,2	44,2	42,0
Weizenanbaufläche	[Mio. ha]	22,2	22,9	23,9	27,5	26,5
mittlerer Weizenertrag	[dt/ha]	14,5	19,8	25,0	31,3	27,2

ⁱ⁾ Quelle: FAOSTAT, BMEL (723).

Die landesweite Getreideernte des Jahres 2019 wurde vom rus. Statistikamt im Februar 2020 mit 121,2 Mio. t (*clean weight*) angegeben. Damit lag die Getreideerzeugung im Bereich der Vorjahre (2016: 120,7; 2017: 135,4; 2018: 113,3 Mio. t). Entsprechend sind die öffentlich geäußerten Einschätzungen gegenüber der Euphorie der Jahre 2016 („größte Ernte auf dem Gebiet Russlands seit Zerfall der UdSSR“) und 2017 („größte Ernte auf dem Gebiet Russlands“) nüchterner geworden. Für 2020 wird eine Getreideernte von ca. 125 - 130 Mio. t vorhergesagt (Stand 4/2020). Optimisten halten sogar eine Rekordernte für möglich.

Die landesweite Weizenernte lag etwas über dem Vorjahr (2016: 73,3; 2017: 85,5; 2018: 72,1; 2019: 74,4 Mio. t). Die Weizenpreise⁵ lagen 2018/2019 und 2019/2020 etwa auf dem gleichen Niveau (2018: 144,5; 2019: 192,4; 2020: 198,9 USD / t, jeweils KW 1). Nach Beginn der Coronavirus-Pandemie kam es allerdings schnell zu einem Preisverfall, gefolgt von einem raschen Wiederanstieg (KW 7: 206,3; KW 12: 173,9; KW 16: 195,1 USD / t).

Kartoffeln

Auch die Kartoffelanbaufläche ging bereits in der UdSSR zurück. 1980 hatte sie 6,9 Mio. ha betragen, 1989 belief sie sich auf 6,0 Mio. ha. Der mittlere Ertrag betrug in dieser Zeit zwischen 96,7 (1980) und 136,8 dt/ha (1986). In Tabelle 5 sind Kennzahlen des russischen Kartoffelanbaus wiedergegeben. Danach ist auch die heutige Kartoffelanbaufläche deutlich geringer als in der UdSSR. Überdies fällt auf, dass der Kartoffelanbau auch in den letzten Jahren immer weiter zurückgegangen ist.

Ein großer Anteil der russischen Kartoffelerzeugung entfällt auf die Kleinerzeuger (vgl. Tabelle 1). Dieser Umstand beeinträchtigt die Datengenauigkeit erheblich. In den Daten des russischen Kartoffelverbands werden Kleinerzeuger nicht berücksichtigt. Nach diesen Angaben ist die erwerbsmäßige Kartoffelerzeugung etwa seit dem Jahr 2000 angestiegen, stagniert aber in den letzten Jahren (2018: 6,7; 2019: 7,1 Mio. t).

⁵ Preise für Weizen der Klasse 3 (unmittelbar backfähig) in USD/t incl. 10 % MWSt (Quelle: Interfax, Russia & CIS Food and Agriculture Weekly).

Die Kleinerzeuger sind ein ausgesprochen wichtiger Faktor der russischen Versorgungssicherheit, auch im Fall außen- oder innenpolitischer Krisen. Zugleich hemmt diese Struktur weitere, von der Politik beabsichtigte Entwicklungsschritte des Landes zu einer Exportgroßmacht, die möglichst große Teile der Wertschöpfung im eigenen Land hält. Auch aus phytosanitärer Sicht werden diese Kleinstproduzenten als problematisch angesehen; sie machten die Bemühungen der größeren Erzeuger zunichte, gesunde Kartoffelbestände aufzubauen. Das sei ein wichtiger Grund dafür, dass es Russland immer noch nicht gelungen ist, eine leistungsstarke eigene Pflanzkartoffelerzeugung aufzubauen. Nach Angaben des russischen Kartoffelverbands schwankte die Menge der importierten Pflanzkartoffeln in den letzten Jahren deutlich (2016: 16.493; 2017: 26.880; 2018: 17.188; 2019: 8.795 t). Nach diesen Angaben hat Russland im Zeitraum 2012 bis 2019 ca. 171.000 t Pflanzkartoffeln eingeführt, davon kamen die größten Anteile aus den Niederlanden (72.454 t), Deutschland (40.561 t), Belarus (30.437 t) und Finnland (14.828 t).

Tabelle 5: Entwicklung des Kartoffelanbaus in Russland.ⁱ⁾

		1994	2004	2014	2017	2018
Anbaufläche	[Mio. ha]	3,3	2,4	2,1	1,3	1,3
mittlerer Ertrag	[dt/ha]	102,5	116,0	149,9	162,5	170,5

ⁱ⁾ Quelle: FAOSTAT, BMEL (723).

Weinbau

Die in Russland mit Wein bestockte Fläche wurde 2018 mit rund 69.000 ha angegeben. Insgesamt sollen in Russland 140.000 ha für den Weinbau geeignet sein.⁶ Das bedeutendste Anbaugebiet ist die Region Krasnodar, in der 2019 27.400 ha mit Reben bestockt waren. 48 % der Wein- und 32 % der Schaumweinerzeugung Russlands finden in dieser südrussischen Region statt. Weitere wichtige Weinbaugebiete sind Dagestan, Rostow am Don und Stawropol. In geringem Umfang wird Wein auch in kleineren Regionen des Kaukasus und entlang der Wolga, vom Kaspischen Meer aus nach Norden, kultiviert. Das Klima dieser Anbaugebiete bietet eine Varianz, die den Anbaugebieten von der Mitte Italiens bis zur nördlichsten Weinregion Deutschlands entspricht.

Die Entwicklung des Weinbaus wird durch zahlreiche Maßnahmen staatlicherseits gefördert. Dazu gehören Investitionszuschüsse und vergünstigte Darlehen für die Neuanlage von Weinbauflächen, die Reaktivierung vormals aufgebener Weinbauflächen und Bewässerungsanlagen. Neu in das Förderprogramm aufgenommen ist die Neuanlage von Rebschulen, zu deren Kapitalkosten ein Zuschuss von 20 % gewährt wird. 2019 standen für den Weinbau Fördermittel von rund 40 Mio. € zur Verfügung. Außerdem werden die Gewinne registrierter Weinbaubetriebe nicht besteuert.

Im Unterschied zu West- und Südeuropa beherrschen in Russland Großbetriebe die Produktion. Auf dem größten Betrieb (Kuban Vino) waren 2019 rund 10.000 ha mit Reben bestockt. Auf ca. 8.000 ha wurde Wein gewonnen; die restlichen Flächen sind neu angelegt und werden erst in einigen Jahren Ertrag bringen. Ein limitierender Faktor für Neuanlagen ist derzeit die Verfügbarkeit von Rebpfanzgut. Die Holding, zu der Kuban Vino gehört, betreibt eine eigene Rebschule, die 2018 rund 4 Mio. Rebpflanzen produzierte, welche ausschließlich intern verwendet wurden. Künftig sollen jährlich 6 Mio. Rebpflanzen erzeugt werden. Der Bezug von Rebpflanzen aus Westeuropa, der eigentlich nicht durch russische Gegensanktionen eingeschränkt wäre, wird durch die für Pflanzenschutz zuständige russische Behörde durch nicht nachvollziehbare Anforderungen behindert. Unter diesem „Schutz“ sollen die russischen Rebschulen ausgebaut werden.

⁶ In den vorgenannten Zahlenangaben ist der Weinbau auf der Halbinsel Krim nicht berücksichtigt.
Um die Beachtung des *Disclaimers* am Ende dieses Berichts wird gebeten.

Derzeit werden mehr als 30 Rebsorten genutzt, u. a. Riesling, aber auch einige regionale Rebsorten und Züchtungen aus sowjetischer Zeit. Gegenüber 2017 stieg die Traubenernte 2018 leicht an. Die Traubenerträge werden noch weiter steigen, viele Flächen sind noch sehr jung. In Krasnodar wurden 2018 durchschnittlich 10 t je Hektar erzielt, ohne Berücksichtigung der jungen Flächen.

Der nationale Konsum von russischem Wein war 2018 leicht rückläufig. Entsprechend der niedrigen Kaufkraft legten v. a. preisgünstige Weinmixgetränke zu, aber auch Importweine. Der Export von hochwertigen russischen Weinen stieg dagegen an. 2018 wurden in über 20 Länder fast 30 Tsd. hl Wein exportiert, v. a. Schaumwein. Zur Förderung des Konsums nationaler Weine soll das Image des russischen Weins u. a. durch Weintourismus und eine einheitliche Kommunikation gefördert werden, parallel müssen aber auch die durchschnittliche Qualität steigen und die Preise v. a. für Weine mittlerer Qualität wettbewerbsfähig werden.

Den erwünschten Rahmen für die Entwicklung und den Schutz der russischen Weinerzeugung soll ein Gesetz über den Anbau und die Erzeugung von Wein in der russischen Föderation schaffen, das am 27. Dezember 2019 von Präsident Putin unterzeichnet wurde und am 26.06.2020 in Kraft treten wird. Danach können Neuanlagen nur gefördert werden, wenn russisches Pflanzmaterial eingesetzt wird. Den russischen Weinherstellern wird das Recht eingeräumt, ihren Sekt als „Russischen Champagner“ zu bezeichnen. Die Verarbeitung von Importware (Trauben, Wein, Traubenmost, Traubensaft) zur Herstellung russischer Weine wird untersagt; für konzentrierten Traubenmost ist eine Übergangsfrist von drei Jahren vorgesehen. Das Gesetz wird im russischen Weinsektor sehr unterschiedlich bewertet. Mit den WTO-rechtlichen Bedenken vieler Mitgliedstaaten befasst sich die EU-Kommission.

Weitere pflanzliche Erzeugnisse

Produktionssteigerungen werden auch bei vielen anderen Kulturen verkündet. Die Erntemenge von Sonnenblumenkernen stieg weiter an (2016: 10,7; 2017: 9,6; 2018: 12,7; 2019: 15,1 Mio. t), ebenso wie die Ernte von Sojabohnen (2016: 3,1; 2017 3,6; 2018: 4,0; 2019: 4,3 Mio. t) und in geringem Maße auch die von Raps (2016: 0,8; 2017: 1,5; 2018: 2,0; 2019: 2,1 Mio. t). Nachdem der Zuckerpreis 2017 stark zurückgegangen war, wurden 2018 deutlich weniger Zuckerrüben erzeugt. 2019 stieg die Produktion wieder deutlich (2016: 51,4; 2017: 48,2; 2018: 42,1; 2019: 50,8 Mio. t), wodurch erneut eine Debatte über die Wirtschaftlichkeit ausgelöst wurde. Mit der Ernte 2019 könne man 7,7 Mio. t Zucker erzeugen, der jährliche Verbrauch betrage aber landesweit nur ca. 6 Mio. t – man müsse also die Exporte erheblich steigern, analysiert D. Rilko, Leiter des Agrarmarktforschungsinstituts Ikar. Der russische Zuckerverband schlug bei einem Treffen mit dem zuständigen Duma-Ausschuss vor, die Kosten des Transports von Zucker und Rohzucker für den Export zu 100 % staatlich zu subventionieren. Zurzeit würden lediglich bis zu 50 % der Kosten des Transports von weißem Zucker aus Fördermitteln beglichen.

Die Ernte von Freiland- und Gewächshausgemüse (ohne Kartoffeln) wurde durch das staatliche Statistikamt für das Jahr 2018 mit 13,7 Mio. t beziffert, sie sei 2019 um 2,6 % auf 14 Mio. t gestiegen. Hinsichtlich der Belastbarkeit der verfügbaren Zahlen ist allerdings besonders in diesem Erzeugungssegment der erhebliche Anteil der häuslichen Erzeugung und ihrer Struktur zu bedenken. Nach einem starken Rückgang der unter Glas genutzten Flächen in den zurückliegenden Jahrzehnten (1990: 3.800; 2011 1.780 ha) wird dieser Bereich seit einigen Jahren wieder intensiv ausgebaut. 2017 war es agrarpolitisches Ziel, 2.893 ha zu erreichen, davon konnten 2.596 ha realisiert werden. Für 2020 sind 3.578 ha vorgesehen. Trotz aller Bemühungen konnte jedoch der angestrebte Selbstversorgungsgrad, zumindest bei der marktverfügbaren Ware, nicht erreicht werden. Bei Tomaten lag er 2019 nach Angaben des o.g. Agrarmarktforschungsinstituts bei 51 % (2018: 45 %). Auch wenn die FAZ im Sommer 2019 die Situation mit der Aussage, es gebe in den russischen Läden gute, teure Tomaten aus Aserbaidshan oder billige, geschmacksarme aus Russland, humoristisch vereinfachte, geht der Satz nicht gänzlich an der Wirklichkeit vorbei. Nicht ohne Grund hat Russland die im Nachgang zu dem Abschuss eines Kampfpiloten eingeführte Quote für Tomaten im Februar 2020 von zuletzt 150.000 t auf 200.000 t angehoben.

Auch die Obsterzeugung wird ausgebaut; die Schaffung neuer Kapazitäten wird fortgesetzt. Dank staatlicher Unterstützung werden in Russland jährlich durchschnittlich 10.500 ha Obst- bzw. Beerenplantagen angelegt. Im Jahr 2017 konnten sogar 15.200 ha Plantagen bepflanzt werden. Ob die für 2018 und 2019 gesteckten Ziele erreicht wurden, ist nicht bekannt. Die in Tabelle 6 beispielhaft für Äpfel und Birnen dargestellten Kennzahlen machen jedoch deutlich, dass bis zur Autarkie noch ein weiter Weg zu gehen ist.

Tabelle 6: Kennzahlen der Verfügbarkeit von Äpfeln und Birnen in Russland.¹⁾

		2016/17	2017/18	2018/19
Äpfel				
Erntefläche	[ha]	153.470	150.560	150.600
gewerbliche Prod.	[t]	693.838	698.570	800.000
Gesamtproduktion	[t]	1.509.148	1.359.580	1.503.100
Import	[t]	654.379	858.612	815.000
Birnen				
Erntefläche	[ha]	23.335	23.800	23.700
gewerbliche Prod.	[t]	10.254	10.905	11.000
Gesamtproduktion	[t]	236.482	205.920	211.100
Import	[t]	251.509	284.028	270.000

¹⁾ Quelle: Gain Bericht RS1835, Stand: 20.02.2019.

Vermeidbare Schwierigkeiten sind bei der Versorgung der russischen Landwirtschaft mit dringend benötigtem Saatgut entstanden. Seit Spätsommer 2019 setzt die zuständige russische Behörde den Regierungsbeschluss 128 vom 8. Februar 2018 in der Form um, dass jedweder Import von Saatgut eine Bestätigung des Lieferanten voraussetzt, dass das Saatgut in der erforderlichen Art und Menge vorhanden, frei von GVO ist und den phytosanitären Anforderungen genügt. Diese Bestätigung ist über die zuständige russische Behörde einzuholen, die durch die Fülle der bisher händisch bearbeiteten Anfragen an die Grenze des administrativ Leistbaren geraten ist und die deutschen Behörden und Marktteilnehmer vor eine ebenso große Aufgabe gestellt hat. Die im Saatgutsektor vorhandenen Probleme haben dazu geführt, dass Präsident Putin die zuständige Behörde angewiesen hat, in Gesprächen mit der Wirtschaft nach Möglichkeiten zu suchen, exzessive Behinderungen des Saatgutverkehrs abzubauen. Bisher sind allerdings keine Erfolge sichtbar. Die Diskussion dieses Themas in der agrarpolitischen Öffentlichkeit ist beispielhaft für viele andere Themen. Einer pragmatisch-wirtschaftlich geprägten Sichtweise steht eine starke Strömung gegenüber, die Importe an sich kritisiert. Der Umfang der Importe von Vermehrungsmaterial wurde 2019 mit bis zu 47 % (Gemüse), bis zu 70 % (Kulturen für Früchte, Beeren und Nüsse) und bis zu 90 % (Futterpflanzen) angegeben.

Tierproduktion

Rinderhaltung

Die Rindfleischerzeugung ging lange zurück, hat aber möglicherweise die Talsohle erreicht. Sie wird auf der Basis des Schlachtgewichts für 2019 mit 1,62 Mio. t angegeben (2018: 1,61 Mio. t). Angeboten wird v. a. Rindfleisch als Koppelprodukt der Milchviehhaltung, Schätzungen zufolge macht es 85 % des Aufkommens aus. Es ist erklärtes Ziel der Agrarpolitik, daneben auch die Fleischrinderhaltung auszubauen. Vor dem Hintergrund der geringen Nachfrage nach Rindfleisch ist es fraglich, wie rentabel dieses Ziel erreicht werden kann. Die großen Akteure agieren verhaltener als in anderen Bereichen der Tierhaltung.

Die Milcherzeugung belief sich nach offiziellen Angaben 2019 bei einer Gesamtbetrachtung aller Betriebsformen auf 31,3 Mio. t; 2020 könnten 31,6 bis 32 Mio. t erreicht werden. Auch an dieser Stelle muss aber beachtet werden, dass die große Bedeutung der Subsistenzwirtschaft (vgl. Tabelle 1) nicht ohne Einfluss auf die Datengenauigkeit ist. Der Leiter des unabhängigen *Russian Dairy Research Center* (RDRC) mahnt immer wieder, es sei gar nicht bekannt, wieviel Milch in Russland erzeugt werde. Belastbarer sind Angaben über die marktverfügbare Milchmenge. Diese soll langsam wachsen (2015: 20,1; 2016: 20,6; 2017: 21,4 Mio. t). Auch diese Zahlen beinhalten aber Unsicherheiten. Das RDRC schätzte die im Jahr 2019 marktverfügbare Milchmenge auf 19,6 Mio. t.

In jedem Fall reicht die erzeugte Milchmenge nicht, um das in der staatlichen Doktrin zur Lebensmittelversorgungssicherheit für die Milchproduktion genannte Selbstversorgungsziel von 90 % zu erreichen. Über das Ausmaß des bestehenden Versorgungsdefizits gehen die Meinungen allerdings weit auseinander. Der Selbstversorgungsgrad der Milchproduktion wird vom Landwirtschaftsministerium mit 85,1 % (2019) angegeben, das RDRC schätzt ihn mit 73 % sehr viel niedriger ein. Landwirtschaftsminister Patruschew gab sich im Herbst 2018 zurückhaltend, noch 6 – 8 Jahre würden benötigt, um Selbstversorgung im Milchbereich zu erreichen.

Das Defizit wird zu einem Teil durch Importe gedeckt. Hinzu kommt ein erheblicher Einsatz von Ersatzstoffen, insbesondere Palmöl, dessen Verwendung von der russischen Politik offen kommuniziert wird. Der Palmölimport blieb 2019 aus seinem hohen Niveau (2017: 0,89; 2018: 1,06; 2019: 1,06 Mio. t). Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Kosten für MilCHFett (99 %) werden mit 714.838 Rubel/t angegeben, die Kosten für einen Ersatz durch Palmöl sollen sich auf lediglich 70.000 bis 120.000 Rubel/t belaufen. An der relativen Vorzüglichkeit kann demnach auch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für Palmöl von 10 % (Grundnahrungsmittel) auf 20 % (allg. Mehrwertsteuersatz), die am 1. Oktober 2019 in Kraft trat, nicht viel geändert haben. Immer wieder kursieren Vorschläge für eine Kennzeichnung bzw. Sonderstellung der Waren, bei denen Kuhmilch ganz oder teilweise durch Pflanzenöle ersetzt wurde (zu Herkunftsangaben vgl. S. 9). Eine Umsetzung ist bisher nicht erkennbar. Verarbeiter und Lebensmitteleinzelhandel müssen sich mit der geringen Kaufkraft der Konsumenten arrangieren.

Auch der Milchsektor ist von Strukturwandel und Größenwachstum geprägt. Besonders bei den Kleinerzeugern wurde der Kuhbestand stark abgebaut (1996: 6,5; 2006: 4,8; 2016: 3,7 Mio.). Diese Entwicklung ist agrarpolitisch nicht unerwünscht. Dabei spielen veterinärhygienische Überlegungen ebenso eine Rolle wie der Aspekt der Markverfügbarkeit der Milch. Der Rückgang der Erzeugung in Kleinstbeständen dürfte, auch wegen der Abwanderung vom Land und der Abkehr junger Menschen von einfachen Wirtschaftsformen, andauern. In der Gruppe der privaten Landwirte hat die Milchviehhaltung dagegen zugenommen (1996: 0,3; 2006: 0,5; 2016: 1,2 Mio.). Für die weitere Entwicklung dieser Betriebe wird, ähnlich wie in Deutschland, ihre Attraktivität für die kommende Generation eine wesentliche Rolle spielen. Daneben tritt die Frage des Absatzes. Bei einem fehlenden genossenschaftlichen Molke-reisystem und einer schnell voranschreitenden Konzentration der anderen Marktgrößen könnten die privaten Landwirte zukünftig auf Absatzschwierigkeiten stoßen.

Die Anzahl der Kühe, die in großen Agrarunternehmen gehalten werden, ging in den letzten zwanzig Jahren zurück (1996: 9,1; 2006: 4,1; 2016: 3,4 Mio.). Eine Entwicklung, die sich v. a. aufgrund der dort vollzogenen Produktivitätssteigerung langsam fortsetzte. Branchenkenner sagen aber voraus, dass die zukünftigen Wachstumsschritte v. a. in dieser Betriebsgruppe stattfinden werden. Das RDRC gibt regelmäßig eine Rangliste der größten Milcherzeuger des Landes heraus. Danach hat das Unternehmen Ekoniva des Deutschen St. Dürr (2017: 339; 2018: 484 Tsd. t) mittlerweile sogar die Betriebe der öffentlichen Hand (2017: 352; 2018: 458 Tsd. t) überholt. Den dritten Platz nimmt der Betrieb der Familie des früheren Landwirtschaftsministers Tkatschow (2017: 247; 2018: 265 Tsd. t) ein. Der wachsende Anteil der 50 größten Erzeuger an der insgesamt erzeugten Milchmenge (ohne Kleinerzeugung) belief sich 2018 auf 21,2 %.

Wie in anderen Landwirtschaftssektoren Russlands, entstehen Betriebe, die die gesamte Prozesskette weitgehend abdecken. Die großen Milchviehbetriebe bauen die Produktion weiter aus und investieren gleichzeitig in den Aufbau einer eigenen Verarbeitung; Ekoniva wurde 2018 als Nummer 60 der russischen Milchverarbeiter geführt; die hochwertigen Milchprodukte von Ekoniva sind mittlerweile im Lebensmitteleinzelhandel sehr präsent. Zugleich interessieren sich verschiedene Molkereien für den Aufbau einer eigenen Rohstoffversorgung. Dahinter steckt nicht nur der Versuch, die Wertschöpfung im eigenen Betrieb zu halten, sondern auch die Sorge vor Erpressbarkeit in einer Oligopol-ähnlichen Struktur.

Trotz des geringen Selbstversorgungsgrades will auch die russische Milchwirtschaft den Export massiv ausbauen. Hier treffen sich die Exportziele der Agrarpolitik und die unternehmerische Einsicht, dass die Kaufkraft in Russland so niedrig ist, dass für Größenwachstum, hohe Milchpreise und den Absatz hochwertiger Milchprodukte der Inlandsmarkt allein nicht ausreicht. Auch die angesprochene Notwendigkeit, unternehmerische Konsequenzen aus dem sich immer weiter verengenden Spektrum der Akteure auf dem Milchmarkt zu ziehen, dürfte eine Rolle spielen. Nach Angaben des RDRC beliefen sich die Exporte von Molkereierzeugnissen 2019 auf ca. 337.600 t (in Milchäquivalenten).

Schweinehaltung

Die Produktion von Schweinefleisch steigt in Russland kontinuierlich an, wie in Abbildung 2 dargestellt. Das klare Ziel besteht in der Steigerung der Exporte. Prioritäre Bestimmungsländer sind China, Hongkong, Südkorea, Japan, Thailand, Vietnam und die Philippinen. Trotz großer Projekte fern der tradierten Agrarregionen ist auch die Schweinehaltung regional stark konzentriert. Von der auch für die nächsten Jahre angestrebten Produktionssteigerung werden 80 % aus dem europäischen Teil erwartet.

Aus Tabelle 1 war bereits deutlich geworden, dass die Rolle der Kleinbetriebe bei der Fleischerzeugung geringer als in anderen Bereichen ist. Die Konzentrationsprozesse sind in der Schweinehaltung besonders ausgeprägt. Bäuerliche Betriebe sind gegenüber den großen Unternehmen nicht wettbewerbsfähig. Hinzu kommt, dass in vielen Gegenden aus seuchenhygienischen Gründen kleinere, ggf. weniger professionell arbeitende Betriebe unerwünscht sind. Davon betroffen ist insbesondere die Kleinerzeugung. Diese Halter sollen mitunter zur vollständigen Aufgabe bewegt werden. In der Argumentation sticht die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) heraus. Schon der frühere Landwirtschaftsminister Tkatschow hatte die ASP als die aktuell größte Herausforderung für das Wachstum des Sektors bezeichnet. Sie könne alles gefährden, was Russland in diesem Bereich erreicht habe.

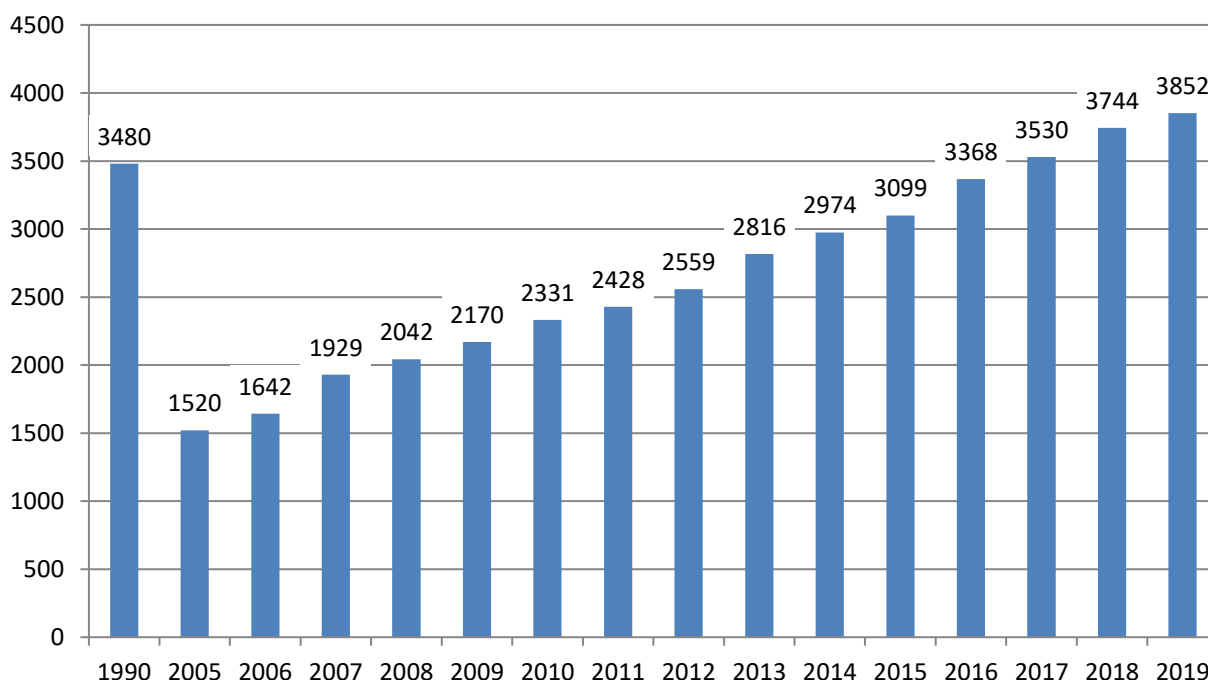


Abbildung 2 Entwicklung der Schweinefleischerzeugung in Russland

(Schlachtgewicht [1.000 t]; Quelle: Russische Schweineproduktion 2020? - Die Marge geht an den Verbraucher (Kowaljow, 2020); Angabe für 2019: Amtliche Statistik).

Insbesondere im Lichte der bereits angesprochenen Bestrebungen vieler großer Agrarunternehmen, möglichst große Teile der Wertschöpfung innerhalb des eigenen Unternehmens zu bündeln, ist der Strukturwandel in der Schweinehaltung eng verknüpft mit dem Wachstum der großen Unternehmen der Fleischbranche. Nach einer Übersicht des Verbands der Schweineerzeuger betrug 2019 der Anteil der drei größten Unternehmen an der gewerbsmäßigen Produktion 22,2 % (Miratorg: 9,7; Tscherkisowo: 6,5; Schweineerzeugungskomplex Welikije Luki: 6,0 %), auf die 20 Größten entfielen 68,2 % der Erzeugung. Den genannten Unternehmen werden auch die größten Wachstumspotentiale vorhergesagt. Die 20 Größten würden in den nächsten Jahren einen Produktionsanteil von 70 – 80 % erlangen.

Wegen des 2014 erlassenen russischen Einfuhrverbots für lebende Schweine, Schweinefleisch und -produkte aus der EU hatte die EU die Einrichtung eines *Panel*s (WTO-Schiedsgericht) beantragt. Russland begründete seine Entscheidung mit aufgetretenen Einzelfällen von ASP bei Wildschweinen an der estnischen, lettischen, litauischen und polnischen Grenze zu Belarus. Die EU rügte Verstöße gegen verschiedene Bestimmungen des WTO-Abkommens über sanitäre und phytosanitäre (*sanitary and phytosanitary*, SPS) Maßnahmen, sowie Artikel des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (*General Agreement on Tariffs and Trade*, GATT) 1994. Im August 2016 wurde der Bericht des *Panel*s zirkuliert. Das *Panel* stellte fest, dass die Einfuhrverbote SPS-Maßnahmen darstellen und in vielfältiger Hinsicht den Anforderungen des Abkommens nicht entsprechen. Im September 2016 haben Russland und die EU Rechtsmittel eingelegt. Der Bericht des *Appellate Body* (Berufungsgremium) wurde am 23. Februar 2017 zirkuliert. Er hielt die Entscheidung des *Panel*s insoweit aufrecht, als er Verstöße gegen WTO-Recht festgestellt hatte. Er änderte den Bericht aber im Sinne der EU insoweit ab, als dass er der Auffassung der EU zum Regionalisierungskonzept folgte. Der durch den Bericht des *Appellate Body* modifizierte Bericht des *Panel*s wurde am 21. März 2017 vom *Dispute Settlement Body* (Streitschlichtungsgremium) angenommen. Am 22./23. März 2017 wurde Russland im zuständigen WTO-Komitee zur Überwachung des SPS-Abkommens über die Umsetzung des Urteils aus dem Streit-schlichtungsverfahren befragt. Russland erklärte in Bezug auf die ASP, die EU habe in Reaktion auf die russischen Interventionen die Maßnahmen verbessert, dies würde aber noch nicht ausreichen. Die EU kritisierte diese Darstellung und brachte insbesondere Unbehagen über die Verzerrung von Informationen durch Russland zum Ausdruck. Am 2. Juni 2017 einigten sich Russland und die EU darauf, dass Russland die Entscheidung bis zum 6. Dezember 2017 umsetzen wird. Das ist nach Auffassung der EU nicht hinreichend erfolgt. Daher war am 5. Dezember 2018 durch die EU ein *Compliance*-Verfahren gegen Russland eingeleitet worden, das sie allerdings im Januar 2020 wegen geringer Erfolgsaussichten aussetzte.

Geflügelhaltung

Die Situation der russischen Geflügelhaltung weist viele Gemeinsamkeiten mit der Schweineproduktion auf. Agrarkonzerne mit finanzstarkem Hintergrund bestimmen den Markt, die Erzeugung wird rasch gesteigert, die Tiere werden in produktionstechnisch und ökonomisch optimierten Systemen gehalten, alternative Haltungssysteme haben bisher keine Bedeutung. Ein großer deutscher Stalleinrichtungshersteller berichtet davon, dass für die Legehennenhaltung nur Käfiganlagen nachgefragt werden und diese auch in der Broilermast sehr beliebt sind.

Die Geflügelerzeugung wird fortwährend gesteigert (2018: 4,98; 2019: 5,05 Mio. t), für 2020 wird das Potential bei 5,13 Mio. t gesehen. Der mit Abstand größte Anteil entfällt auf Fleisch aus der Broilermast. Putenfleisch hatte in Russland einst Exotenstatus, mittlerweile soll es mit 6,5 % bereits annähernd den gleichen Anteil des gesamten Fleischverbrauchs ausmachen wie Rindfleisch (7,3 %). Die russische Landwirtschaftsbank hält ein Marktvolumen von 485.000 t Putenfleisch im Jahr 2021 für realistisch.

Die Produktion von Hühnereiern stieg auch 2019 nicht an (2017: 44,8; 2018: 44,9; 2019: 44,9 Mrd. Stück). Bis 2030 wird aber noch ein starkes Wachstum auf 53,4 Mrd. Stück erwartet. Bemerkenswert ist, dass (ähnlich der Schweinefleischherzeugung) der Anteil der Kleinerzeuger (2015: 20,7 %) und der privaten Landwirte (2015: 0,9 %) an der Eierproduktion vergleichsweise gering ist. Während die Erzeugung von Eiern und Geflügelfleisch sich gut entwickeln, ist Russland auf den Zukauf von Bruteiern in großem Umfang angewiesen.

Ökologischer Landbau

Der Ökolandbau ist in Russland etwa 10 Jahre lang schnell gewachsen; 2005 wurden ca. 6.900 ha landwirtschaftlicher Fläche ökologisch bewirtschaftet, 2015 waren bereits 385.140 ha für den Ökolandbau zertifiziert. Zurzeit stagniert die Entwicklung (2018: 390.000 ha) allerdings. Zu den Gründen gehören eine nur schleppend verlaufende Zertifizierung, die begrenzten Absatzpotentiale und die in den Großbetrieben fehlende Leidenschaft für den Ökolandbau. Im Ergebnis ist seine Bedeutung sowohl im Vergleich zu Deutschland (2017: 1,37 Mio. ha), als auch in Bezug auf den konventionellen Landbau in Russland sehr gering. Nur 0,2 % der russischen Agrarflächen werden ökologisch bewirtschaftet. Dadurch ist auch die eher dürftige Datengrundlage zu erklären. Wie groß das russische Potential im Ökobereich ist, ist unklar. Politiker betonen stets, wieviel Agrarfläche noch brachliegt. Die Rede ist von mehr als 28 Mio. ha landwirtschaftlicher Brachfläche, davon könnten kurzfristig 10 - 12 Mio. ha ökologisch bewirtschaftet werden. Unter dem Stichwort Altlasten weisen Skeptiker aber daraufhin, dass auf Brachen nicht automa-

tisch Ökolandbau betrieben werden kann. Ein beachtlicher Anteil der Brachflächen liegt ohnehin deswegen brach, weil die Bewirtschaftung nicht rentabel wäre.

Der Inlandsmarkt für Ökoprodukte befindet sich noch in den Kinderschuhen. Er soll sich zwar seit den frühen 2000er Jahren etwa verzehnfacht haben, dennoch ist das geschätzte Volumen sehr gering (2004: 16; 2008: 30; 2016: 160; 2018: 183 Mio. Euro). Für die überwiegende Mehrheit der Russen sind Ökoprodukte de facto nicht verfügbar, weil sie zu teuer sind oder in den vor Ort vorhandenen Geschäften nicht angeboten werden. Der Kaufkraft entsprechend, sind Moskau und St. Petersburg die größten Märkte für Ökoprodukte, nach Branchenangaben werden hier 70 % des gesamten Verkaufs getätigt. Ökoprodukte sind in Russland 2 – 5 mal teurer als konventionelle Vergleichsartikel. Damit sind einer Steigerung der Inlandsnachfrage enge Grenzen gesetzt. Hinzu kommen gute Gründe, der Kennzeichnung ökologischer Waren zu misstrauen. Im Frühjahr 2017 untersuchten Soziologen der Universität St. Petersburg gemeinsam mit einem regionalen Verband das Ökoangebot der örtlichen Supermärkte: Die Hälfte der untersuchten Waren hätte nicht als „Öko“ gekennzeichnet werden dürfen. Abhilfe soll u. a. ein neu eingeführtes einheitliches Logo leisten, das dem EU-Bio-Logo nachempfunden ist. Demgegenüber könnte das für eine Art Integrierter Pflanzenbau diskutierte „grüne Label“ neue Verwirrung stiften (vgl. S. 9).

Die russische Agrarpolitik hat auch im Ökobereich v. a. den Export im Blick. Ein kleiner, aber wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Präsenz auf der BIOFACH in Nürnberg, an der Russland 2020 bereits zum dritten Mal teilnahm. 2019 besuchte sogar der damalige Vizepremierminister Gordejew diese Weltleitmesse für Bioprodukte. Russland könne bis 2025 den Export von Ökoprodukten nach Deutschland auf 2 Milliarden Euro steigern und 10 % des deutschen Ökomarktes bedienen, ließ Russlands wohl erfahrenster Agrarpolitiker nach einem Gespräch mit Produzenten wissen. Schon der frühere Landwirtschaftsminister Tkatschow hatte verkündet, das Land habe das Potential, jährlich Ökoprodukte für 10 – 15 Mrd. USD zu exportieren. Noch ist wenig davon zu sehen, nur 5 % der russischen Ökoerzeuger exportieren ihre Produkte.

Eine solide Basis für das erhoffte schnelle Wachstum des Sektors soll das grundlegende Gesetz für den Ökolandbau bilden, das am 1. Januar 2020 in Kraft trat. Der Schlüssel zu einer echten Entwicklung des Sektors dürfte jedoch in einem Paket aus zahlreichen unterschiedlichen Maßnahmen bestehen, bei denen der Etablierung int. Standards und ihrer Durchsetzung die größte Bedeutung zukommt. Mit vielfältigen Angeboten bemüht sich der gut etablierte Deutsch-Russische Agrarpolitische Dialog (APD) um Zusammenarbeit und Wissenstransfer auch in diesem Bereich.

Fischerei

Fisch hat auf dem traditionellen russischen Speiseplan einen festen Platz. Gleichwohl ging der Pro-Kopf-Verbrauch in den letzten Jahren zurück. Als wesentliche Gründe werden auch für diesen Bereich die geringe Kaufkraft und die für Fisch besonders hohen Preissteigerungen genannt. Daneben ist aber auch von Bedenken hinsichtlich der Qualität zu hören.

Nachdem in der Sowjetunion 1990 noch nahezu acht Mio. t Fisch gefangen werden konnten, verfiel der Fischfang in Russland schnell. In den letzten Jahren stieg das jährliche Fangergebnis (marin) wieder langsam an und erreichte 2018 ein Rekordniveau (2016: 4,8; 2017: 4,9; 2018: 5,03 Mio. t). Im zurückliegenden Jahr wurde ein vergleichbares Ergebnis erzielt (2019: 4,95 Mio. t), besonders hoch ausgefallen sei der Fang von Pollack und Lachs. Das Direktorium des Fischereiforschungsinstituts hat zwar im März 2020 einer Erhöhung der zulässigen Fangmenge (TAC) für das Jahr 2021 zugestimmt, der Verband der Fischverarbeiter hat aber kritisiert, dass die eigenen Fangmengen in jedem Fall nicht ausreichen. Um den eigenen Bedarf zu decken und die Exportziele zu erfüllen, müssten 9 – 11 Mio. t Fisch zur Verfügung stehen. Die durch Import (ca. 700.000 t) und Aquakultur (s.u.) bereitgestellten Mengen reichten nicht aus, um die Situation wirklich zu verbessern. Ungewöhnlich offen hat der Verband die Forderung erhoben, Fisch vom russischen Agrarembargo auszunehmen.

Auf 4.700 Betrieben wurde 2019 Aquakultur betrieben. Die Gesamterzeugung (Fisch und andere aquatische Organismen) konnte erneut gesteigert werden (2017: ca. 220.000; 2018: 237.800; 2019: 248.000 t). Bis 2030 soll die Produktion auf 618.000 t anwachsen. Im vergangenen Jahr fiel die Intensivierung der Produktion von Stör (2019: 6.300 t) bzw. Lachs (2019: 90.800 t) mit 49,3 % bzw. 36,4 % besonders hoch aus.

Lebensmittelindustrie

Tabelle 7 vermittelt einen Eindruck vom Produktionsumfang der russischen Lebensmittelindustrie. Branchenkenner weisen darauf hin, dass bei vielen Lebensmitteln, z. B. Fleisch und Brot, die Märkte mittlerweile auseinandergefallen sind und ein Massen- sowie ein Qualitätssegment aufweisen. Daraus ergeben sich Chancen für Hersteller hochwertiger Geräte und Anlagen. Differenzierte Angaben zu diesen Märkten sind aber nicht verfügbar.

Auf das Konsumverhalten kann aus der Tabelle nur sehr bedingt geschlossen werden, da Angaben zu Ex- und Importen ebenso fehlen, wie Schätzungen der Erzeugung zum Eigenverbrauch. Die Bedeutung der Kleinerzeugung in der landwirtschaftlichen Urproduktion wurde bereits ausführlich dargestellt. Selbstversorgung und Schattenwirtschaft nehmen aber auch in anderen Bereichen einen breiten Raum ein. Deutlich sichtbar ist z. B. das Angebot von Apparaturen zur eigenen Herstellung von Spirituosen. Sie werden nicht nur auf Messen und Bauernmärkten verkauft, sondern runden z. B. in gut sortierten Baumärkten das Angebot von Gartenbänken und Grills ab.

Tabelle 7: Erzeugung ausgewählter Produkte durch die russische Lebensmittel- und Tabakindustrie.ⁱ⁾

		2018	2019	2019 / 2018 [%]
Wurstwaren	[1.000 t]	2.285	2.275	99,6
Tiefkühlseefisch	[1.000 t]	2.578	2.628	101,9
Obst-/Gemüsesäfte	[Mio. Einheitsbüchsen]	1.152	1.108	96,2
Sonnenblumenöl	[1.000 t]	4.470	5.328	119,2
Käse	[1.000 t]	472	524	110,9
Brot/Backwaren	[1.000 t]	5.732	5.653	98,6
Weißzucker ⁱⁱ⁾	[1.000 t]	6.266	7.310	116,7
Schokolade/Süßwaren	[1.000 t]	1.891	1.880	99,4
MinWasser, natürlich	[Mio. Halbliter]	5.561	5.692	102,4
Wodka	[Mio. dal]	79	84	106,4
Zigaretten	[Mrd. Stück]	257	229	88,9

ⁱ⁾ Quelle: Zeitschrift Lebensmittelindustrie (ISSN 0235-2486) 3/2020.

ⁱⁱ⁾ aus Zuckerrüben und Zuckerrohr.

Forstwirtschaft

Rahmenbedingungen

Fast die Hälfte des russischen Territoriums ist bewaldet; Russland verfügt mit einer Waldfläche von 809 Mio. ha über ein Fünftel der weltweiten Waldfläche. Mit ca. 81 Mrd. m³ hielt Russland zum Jahreswechsel 2018/2019 nach Brasilien (126 Mrd. m³) den zweiten Platz an den globalen Waldreserven. Allerdings ist aus klimatischen Gründen der jährliche Zuwachs mit 1,3 m³/ha gering (DEU: 11,2 m³/ha). Wie belastbar diese Zahlen aber sind, ist völlig offen, wie selbst Behördenvertreter einräumen. In einem anlässlich des Besuches von Vizepremierministerin Abramtschenko in Irkutsk verfassten Zeitungsartikel wurde nüchtern festgestellt, schon ein einfacher Blick aus dem Hubschrauber über Irkutsk, wo 92 % der Fläche bewaldet sein sollen, lasse Zweifel an diesen offiziellen Zahlen aufkommen.

Die großen Waldressourcen in Russland bieten nicht nur Chancen, sondern beherbergen auch Probleme in großem Ausmaß. Waldbrände, Insektenschäden, illegaler Holzeinschlag und deren Bekämpfung verursachen hohen Aufwand. Erstmals seit Inkrafttreten des aktuellen Forstgesetzbuches im Jahr 2006 haben 2018 die Einnahmen des Bundeshaushalts aus der Waldnutzung dem Aufwand entsprochen.

Etwa 99 % der russischen Wälder sind in Staatsbesitz. Waldflächen können nicht erworben werden, lediglich eine Pacht durch juristische Personen ist möglich. Nach Angaben der Föderalen Forstagentur waren Anfang 2019 über 200 Mio. ha Wald an über 8.000 Unternehmen verpachtet. Dabei haben 35 Pächter die Erlaubnis, Holz im Umfang von jeweils über 0,5 Mio. m³/a, 294 weitere jeweils zwischen 0,1 und 0,5 Mio. m³/a zu ernten. Allein die Segezha Group, der größte Waldpächter, hatte 2019 im europäischen Teil Russlands 7,4 Mio. ha unter Vertrag, Tendenz steigend. Die Pächter können Pachtverträge mit einer maximalen Laufzeit von 49 Jahren mit den Regionalregierungen abschließen. Sie sind für den Bau von Forststraßen, Durchforstung, Ernte und Pflanzung zuständig. Jährlich vorzulegende Pläne sind von den Regionalregierungen zu genehmigen. Die Jagd auf den Waldflächen wird gesondert verpachtet. Forst- und Holzwirtschaft sind eng verwoben, da die Holzverarbeiter meist auch Pächter der Waldflächen sind und somit die Bewirtschaftung dieser Wälder eng mit den Bedürfnissen der Holzindustrie verknüpft ist. Pachtverträge von Unternehmen ohne eigene Holzverarbeitung werden nun sogar durch die Föderale Forstverwaltung gemeinsam mit der Generalstaatsanwaltschaft und dem Föderalen Antimonopoldienst überprüft. Wegen steigender Holznachfrage seien die Preise für Rundholz gestiegen, worüber sich die Holzverarbeiter bei der Forstagentur beschwert haben. Die Überprüfung der Unternehmen soll die (preisgünstige) Rohstoffversorgung der Holzverarbeiter garantieren.

Die forstliche Nutzung hat sich bisher auf die Gebiete konzentriert, die nahe an Verarbeitungszentren und Infrastruktur liegen. Dabei konnten in der Regel Primärwälder genutzt werden, mit oft guten Qualitäten. Die auf den Kahlschlagflächen nachgewachsenen, sekundären Wälder haben aber bei weitem nicht die Qualität und weisen einen deutlich geringeren Nadelholzanteil auf, da in den nördlichen Bereichen Russlands bevorzugt Birke und Pappel auf Kahlfeldern aufwachsen. Eine Durchforstung, die das Mischungsverhältnis zugunsten der Nadelhölzer und qualitativ guter Bäume noch hätte korrigieren können, wurde bisher meist nicht durchgeführt. In den Regionen nördlich des Kaukasus weisen die dominierenden Laubwälder nur einen geringen Anteil höherwertiger Bäume auf, weil diese häufig gezielt gefällt wurden und eine langfristige Durchforstungsstrategie zur Erzielung hoher Qualitäten nie verfolgt wurde. Nachdem in einigen Regionen das Projekt „Intensive Forstwirtschaft“ gestartet wurde, das neben der regelmäßigen Wiederaufforstung auch Durchforstung vorsieht, soll nun im Rahmen eines Pilotprojekts in einer Reihe von Unternehmen ein Modell entwickelt werden, Holz im Rahmen von „selektiver Holznutzung“ - Durchforstung - zu generieren, um die Versorgungsbasis zu verbreitern. Ein Problem wird die Planung und Kontrolle sein, um eine Plünderung zu vermeiden und stattdessen eine Förderung qualitativ gut veranlagter Bäume zu erreichen.

Die im europäischen Teil Russlands tätigen großen Holzunternehmen kritisieren inzwischen die Situation in der Forstwirtschaft. Die fehlende Erschließung der Wälder mit Forststraßen, die mangelnde Genauigkeit der Daten zu den Wäldern, daraus folgend die mangelhafte Planung, die mangelhafte Arbeitsqualität und die relativ hohen Kosten für Transport hätten zu höheren Gesamtkosten für die Holzernte geführt, als z. B. in Schweden.

Die Zertifizierung der Waldbewirtschaftung nach einem der beiden bekannten Systeme wird auch in Russland immer mehr gängige Praxis. Vor allem die holzverarbeitende Industrie, die ihre Produkte in zunehmendem Maße nach Westeuropa exportiert, lässt die Waldbewirtschaftung und die „Chain of Custody“ zertifizieren. Anfang 2019 waren nach FSC 45,0 Mio. ha und nach PEFC 16,8 Mio. ha Wald zertifiziert.

Nutzung

Einschlag, Verarbeitung und Export

Der Holzeinschlag lag 2018 nach offiziellen Zahlen bei ca. 220 Mio. m³ (2017: 212 Mio. m³), der Anteil Russlands an der globalen Produktion von Holzprodukten beträgt rund 2 %. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Holz und Holzprodukten stiegen 2018 gegenüber dem Vorjahr um 18 % auf rd. 25 Mrd. Euro. Die größten Steigerungen waren bei Sperrholz, Pappe und Papier zu verzeichnen. Bei der Pappe- und Zellstoffproduktion sind aufgrund umfangreicher Investitionen 2018 und 2019, u. a. von der ILIM Group in der Region Irkutsk, weitere Mengensteigerungen zu erwarten, die überwiegend für den asiatischen Markt bestimmt sind.

Wie in anderen Wirtschaftsbereichen ist Russland auch in der Holzverarbeitung bemüht, möglichst große Teile der Wertschöpfung im eigenen Land zu erzeugen. Diesem Ziel zum Trotz wird immer noch viel Rundholz exportiert (2018: ca. 19 Mio. m³). Die Gesamtexporte von Holz und Holzprodukten beliefen sich 2019 nach Angaben des Informationsportals „Gemacht bei uns“ auf ca. 12,3 Mrd. USD, das höhere Vorjahresergebnis (2018: 13,5 Mrd. USD) sei auf ungewöhnlich hohe Preise für Zellstoff- und Papierprodukte zurückzuführen gewesen. Die wertmäßig größten Anteile seien auf Schnittholz (4,63 Mrd. USD), Papier und Karton (2,04 Mrd. USD) sowie Platten und Furnier (2,03 Mrd. USD) entfallen.

Größter Abnehmer des russischen Holzes ist China. Der östliche Nachbar bezieht derzeit 30 % seiner Holzimporte aus Russland. Die umfangreiche Ausfuhr von Rundholz nach China wird von der russischen Fachöffentlichkeit kritisiert, weil zu wenig Wertschöpfung im Land verbleibt. Eine Änderung ist aber bisher kaum in Sicht. Die Sinnhaftigkeit der Erhöhung der Exportabgaben auf Rundholz ist fraglich, zumal bereits die Entrindung von Rundholz als Bearbeitungsschritt gilt. Die ansteigenden Investitionen chinesischer Holzverarbeitender Unternehmen in Russland werden von der Bevölkerung in den Regionen Irkutsk und Krasnojarsk ebenfalls sehr kritisch aufgenommen, es wird ein Investitionsstopp für chinesische Firmen und ein Exportstopp für Holz nach China gefordert. Schließlich werden in Russland die illegalen Abholzungen v.a. China zugeschrieben. Die Drohung von Umweltminister Kobytkin im August 2019, man werde die Holzexporte nach China einstellen, wenn Peking sich nicht in den Kampf gegen illegale Abholzungen einbringe, dürfte jedoch ins Leere gehen. Russland benötigt diese Exportmöglichkeit mindestens ebenso wie China das Holz.

Energetische und private Nutzung

Die in der Sägeindustrie und Holzverarbeitung anfallenden Holzabfälle werden zunehmend zur direkten Energiegewinnung oder Produktion von Pellets verwendet. Die Kapazitäten zur Pelletproduktion wurden 2018 deutlich ausgebaut, es wurden ca. 1,9 Mio. t Pellets produziert (ohne Kleinanlagen), das sind rund 30 % mehr als im Vorjahr. 2019 wurde eine Produktion von über 2 Mio. t erwartet. 2019 sollen für 293 Mio. USD Pellets und Holzbriketts exportiert worden sein. Die größten Abnehmer von Pellets aus Russland sind Dänemark, Schweden und Italien.

Die lokale Nutzung des Holzes zur Energiegewinnung in kleinen Anlagen wird für entlegene Gebiete in Sibirien diskutiert. Insbesondere Holzvergasung zur kombinierten Strom- und Wärmeerzeugung könnte z. B. für die Region Irkutsk interessant sein und lokal Arbeitsplätze schaffen. Zahlreiche kleinere Orte werden dort per LKW mit Heizöl zur Energiegewinnung in Aggregaten beliefert, wobei die Regionalverwaltung die enorm hohen Lieferkosten tragen muss.

Zur privaten Nutzung von Holz wird seit Anfang 2019, nach einer Änderung des föderalen Forstgesetzes, den Bürgern Russlands gestattet, Totholz im Wald zu sammeln. Die Regionen mussten dazu genaue Regelungen erlassen, die unterschiedlich ausfielen. In einigen Regionen darf nur Holz gesammelt werden, das ohne die Nutzung von Sägen mitgenommen werden kann und bei dem es sich nicht um Ernterückstände handelt.

Daneben gibt es weiterhin die Möglichkeit, Holz für den eigenen Bedarf für Heizungs- und Bauzwecke zu ernten bzw. zu erhalten. Um den illegalen Weiterverkauf des Holzes zu verhindern, hat das Ministerium für Naturressourcen und Umwelt Anfang 2019 einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dies unterbinden und die Haftung regeln soll.

Problemfelder

Illegaler Holzeinschlag

In den Jahren 2016 – 2018 waren insgesamt 51.300 Fälle illegalen Holzeinschlags offiziell festgestellt worden, mit einem Volumen von fast 4,5 Mio. m³, dies entsprach weniger als 1 % der offiziellen Holznutzung. Schätzungen von Umweltvertretern gehen aber von bis zu 20 % des regulären Einschlags aus. Unterstützt wird diese Vermutung durch eine wissenschaftliche Kalkulation, nach der die verarbeitete Holzmenge um 16 % über der offiziell geernteten Menge gelegen habe. In jedem Fall schätzen auch offizielle Stellen die Situation so negativ ein, dass umfassende Gegenmaßnahmen beraten und initiiert werden. Substantielle Verbesserungen wurden auch im zurückliegenden Jahr nicht bekannt.

Das 2017 in der Region Irkutsk eingeführte digitale System „LesEGAIS“ zur Verfolgung der Holzströme vom Wald zum Werk soll schon 2018 erste Erfolge gezeigt haben. Der Umfang des beschlagnahmten Holzes sei, bei durch LesEGAIS verbesserter Informationslage, gegenüber dem Vorjahr um rund ein Drittel zurückgegangen. Damit könnte das neue System zumindest eine abschreckende Wirkung gehabt haben. Nun ist vorgesehen, die Strafen für illegalen Holzeinschlag und die Zahl der staatlichen Forstinspektoren zu erhöhen, deren Ausrüstung zu verbessern, sowie die jährliche Fläche der Fernüberwachung zu vergrößern. Ein Gesetz zur russlandweiten Einführung eines elektronischen Begleitdokuments für den Holztransport ist in Vorbereitung, aufbauend auf dem Pilotprojekt in der Region Irkutsk. Zur Kontrolle und Verfolgung der Bewegung von Holz sollen landesweit alle Orte der Holzernte, der Lagerung, der Sortierung, der Verarbeitung und der Versandstellen registriert und elektronisch markiert werden. Die Kontrolle soll über Mengenbilanzen erfolgen. Eine physische Markierung von Holz mittels z. B. RFID-Tags und die Einbindung dieser Daten in LesEGAIS wurde von großen Unternehmen in die Diskussion eingebracht.

Als weitere Maßnahme gegen illegalen Holzeinschlag hat die russische Regierung für die Regionen in Fernost beschlossen, dass ab 2018 Wälder nur noch an Unternehmen verpachtet werden dürfen, die entsprechende eigene Verarbeitungskapazitäten in der Region nachweisen können. Damit soll der eigene „Holzhunger“ das Interesse an einem illegalen Rundholzabfluss nach China unterbinden. Damit wird aber die Situation, dass es kaum eigenständige, von der Holzindustrie unabhängige Forstbetriebe gibt, festgeschrieben.

Eine Untersuchung der Ursachen und Bedingungen der illegalen Waldnutzung hat ergeben, dass auch der niedrige Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung und die mangelhafte wirtschaftliche Perspektive in ländlichen Gebieten ein Faktor für illegale Holznutzung sind. Der Zugang der in ländlichen Gebieten lebenden Bürger zu den Waldressourcen und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft sollen deshalb in den Fokus der Politik gerückt werden. In diesem Kontext sollen das Gehalt der staatlichen Forstinspektoren sowie die Mittelzuweisungen für den Forstschutz erhöht und die Ausbildung junger Forstfachleute verbessert werden.

Auch bei der Holzverarbeitung sollen Daten erfasst und Plausibilitäten überprüft werden, um die Herkunft des Holzes und den Export nach China nachvollziehen zu können. Damit wären auch die Anforderungen der *EU Timber Regulation* bei Exporten in die EU leichter erfüllbar. Allerdings können derzeit die Informationssysteme des Föderalen Zolldienstes zum Export von Holz noch nicht mit den Informationen aus LesEGAIS abgeglichen und auf dieser Ebene auf Plausibilität geprüft werden. Eine behördenübergreifende Zusammenarbeit muss hier noch etabliert werden.

Waldbrände

Das Auftreten zahlreicher, auch großer Waldbrände ist in den russischen Wäldern nicht ungewöhnlich. Untypisch hohe Temperaturen und starke Winde führten aber im zurückliegenden Jahr in Sibirien dazu, dass sich ungewöhnlich große Brände entwickelten. Entsprechend groß war das öffentliche Interesse. Bei einer Umfrage des unabhängigen Lewada-Zentrums erklärten im August 2019 55 % der Befragten, man habe von der Situation gehört und sei ernsthaft besorgt. 22 % bereitete insbesondere die Umweltzerstörung Sorge.

Erst Ende September 2019 erklärte die russische Forstverwaltung, die Waldbrände seien gelöscht. Nach Behördenschätzungen sind 2019 mehr als 9 Mio. ha Wald⁷ abgebrannt, Umweltschützer gehen von einer deutlich größeren Fläche aus. Schnell kam die Vermutung auf, die Brände sollten illegale Rodungen vertuschen; 55 % der von Lewada Befragten, äußerten diesen Verdacht. Nach Auskunft der föderalen Forstagentur lässt sich diese These aber durch einen Abgleich der Flächen, auf denen Waldbrände auftraten, mit solchen, auf denen illegal Holz eingeschlagen wurde, nicht bestätigen. Die Vorwürfe, die Behörden agierten ineffizient, hätten aus Kostengründen die Feuer gar sich selbst überlassen, wies Kremlsprecher Peskow in deutlichen Worten zurück. Er wies auf Größe und Geographie Russlands hin, sprach Brandstiftungen an und Wetterphänomene, die von Jahr zu Jahr größere Amplituden aufwiesen. Letzteres passt grundsätzlich dazu, dass Russland den Klimawandel mittlerweile durchaus anerkennt. Auch mit Blick auf die Waldbrandproblematik ist dies dringend geboten. Gegenüber dem bisher wärmsten Winter der Wetteraufzeichnung in Moskau fiel der Winter 2019/2020 2 °C wärmer aus. In den südrussischen Regionen Krasnodar und Adygea wurde bereits im März 2020, einen Monat früher als üblich, die Waldbrandgefahr auf 3 (mittel) und in einigen Gegenden auf 4 (hoch) festgelegt. Ende März 2020 wurde aus der Region Chabarowsk im Föderationskreis Fernost bereits von 13 Waldbränden mit einer Gesamtfläche von 1.500 ha berichtet. Der im Dezember 2019 genehmigte „Nationale Aktionsplan für die erste Stufe der Anpassung an den Klimawandel bis 2022“ ist indes lediglich ein unambitionierter Rahmen, in dem v.a. sektorale und regionale Anpassungspläne noch entwickelt werden müssen. Ein entschlossenes Anpacken der Ursachen ist in Russland nicht erkennbar, weder hinsichtlich des Klimawandels im Allgemeinen noch betreffend die Waldbrandproblematik im Konkreten.

Um eine frühzeitige Bekämpfung von Waldbränden zu ermöglichen, wurden in einigen Regionen Kameras zur Waldbrandüberwachung auf erhöhten Positionen, z. B. Mobilfunktürmen, montiert. Einen der Spitzenplätze nimmt dabei, wie häufig, die Oblast Moskau ein. 2019 waren dort 89 Kameras zur Waldbrandfrüherkennung installiert. Die gelieferten Bilder werden automatisch ausgewertet. Ggf. kann aus der Monitoringzentrale heraus eine genauere Beobachtung erfolgen, bzw. der Einsatz vor Ort koordiniert werden.

Landtechnik

Die russische Landwirtschaft ist unverändert von einem großen Investitionsstau im Bereich Landtechnik geprägt. Einen Hinweis darauf liefert bereits der späte Abschluss der Erntearbeiten. Am 8. Oktober waren erst 92 % der Getreideflächen abgeerntet.⁸ Die offiziellen Angaben über den Maschinenbestand und –bedarf machen gerade in ihrer Genauigkeit die planwirtschaftlichen Ansätze sichtbar, die auch diesen Wirtschaftsbereich prägen. Im September 2019 bezifferte das Landwirtschaftsministerium den Bestand mit 333.938 leichten und mittleren bzw. 94.188 leistungsstarken Traktoren und 120.676 Mähdreschern. Der Bedarf belaufe sich auf 400.799 leichte und mittlere, 134.189 leistungsstarke Traktoren sowie 167.574 Mähdrescher. Für die kommenden Jahre würden aber nur jährliche Neuanschaffungen von 10.959 (2019) bis 13.686 (2025) Traktoren sowie 5.034 bis 6.033 Mähdreschern erwartet. Der Investitionsstau wird auch durch andere Parameter deutlich. Nach Angaben des russischen Landwirtschaftsministeriums ist die landtechnische Motorisierung Russlands unzureichend. Sie belaufe sich auf lediglich 1,5 PS/ha, in Deutschland dagegen auf 4,5 PS/ha, in Belarus und Kanada sogar auf 5,0 PS/ha. Überdies sei der Fuhrpark zu alt, 2019 seien 60 % der Traktoren und 45 % der Mähdrescher älter als 10 Jahre gewesen. Das könnte mit Blick auf die schnellen technischen Fortschritte der Landtechnik, z. B. bei Digitalisierung, Bodenschonung und Treibstoffeffizienz, sogar ein wichtigerer Parameter sein als die Anzahl der Maschinen.

Für den Mechanisierungstau gibt es mannigfaltige Gründe. Die Rentabilität des russischen Ackerbaus ist geringer als oft behauptet, dabei spielen u. a. die geringen Erträge, die große Entfernung zu den Märkten und der kaufkraftschwache Inlandsmarkt eine Rolle. Das schnelle Wachstum vieler Betriebe führt zudem häufig dazu, dass ihre finanzielle Situation angespannt ist. Auch aus strategischen Gründen - die Zeit des „Claim-Absteckens“ ist nicht vorbei - werden vorhandene Mittel eher für den Erwerb weiterer Flächen verwendet, als für die Intensivierung der Bewirtschaftung. Ein leistungsstarker bäuerlicher Mittelstand ist ebenso schwach ausgeprägt wie Maschinengemeinschaften und Lohnunternehmen. Dem vielschichtigen Problem setzt der Staat eigentlich nur Kaufanreize entgegen. Da die

⁷ Zum Vergleich: Die Waldfläche in Deutschland beläuft sich auf ca. 11,4 Mio. ha.

⁸ Zum Vergleich: Der Deutsche Bauernverband legte seine Erntebilanz am 23.8.2019 vor.

Kaufanreize auf planwirtschaftlichen Überlegungen fußen und zugleich die eigene Landtechnikindustrie fördern sollen, sind überdies Fehlallokationen unvermeidlich.

Zur Förderung des Landtechnikerwerbs sind auf föderaler Ebene v. a. nachfolgend beschriebene Instrumente bedeutend: Auf der Grundlage des Dekrets 1432 werden Käufe bestimmter Landmaschinen bezuschusst. So beläuft sich für Käufe von Mähdreschern der Fördersatz derzeit auf 15 % (bestimmte Regionen: 20 %). Ob das Programm nach 2020 fortgeführt wird, ist nach Einschätzung von Branchenkennern unsicher. Käufe soll auch die vollständig in staatl. Hand befindliche AG Rosagroleasing (Kapital: 87,06 Mrd. Rubel) erleichtern, die seit 2002 95.300 Landmaschinen ausgeliefert haben soll. Die Zahl gelieferter Maschinen sei von 2017 auf 2018 um 40 % gestiegen, 2019 war ein Wachstum von 20 % angestrebt. Insb. das neue Programm OPT 2.0 werde stark nachgefragt: Für selbstfahrende Maschinen müsse keine Anzahlung geleistet werden, der Leasingzins belaufe sich auf 3 %, die erste Rate sei erst nach 6 Monaten fällig. Vielbeachtet war die Aufnahme verschiedener Maschinen des Landtechnikherstellers Weidemann in das Programm von Rosagroleasing, die im Januar 2020 in feierlichem Rahmen unterzeichnet wurde. Zusätzlich zu den genannten Maßnahmen werden zinsvergünstigte Kredite und regionale Programme angeboten.

Die Entwicklung der russischen Landwirtschaft soll als Vehikel zum Aufbau einer wettbewerbsfähigen russischen Landtechnikindustrie genutzt werden. Eine entsprechende Strategie für die Zeit bis 2030 hat das Industrieministerium ausgearbeitet. Folgerichtig stehen wichtige Förderinstrumente (z. B. nach Dekret 1432) nur für Maschinen „*Made in Russia*“ zur Verfügung (zum SPIK vgl. S. 3). In anderen Fällen muss der Nachweis erbracht werden, dass entsprechende Technik nicht von russischen Anbietern zur Verfügung gestellt werden kann.

Durch stetes Anheben der Lokalisierungsanforderungen sollen Importe weiter reduziert werden. Zuletzt wurden am 17. Oktober 2019 neue Anforderungen an die Lokalisierung der Traktorenfertigung beschlossen, die entsprechende Änderung der VO 719 trat am 1. Januar 2020 in Kraft. Branchenkenner sind sich einig, dass die Regelung zu streng ist und damit im Ergebnis keine neuen Lokalisierungen auslösen wird. In jedem Fall erscheint der für 2025 vorgeschriebene Lokalisierungsgrad von 80 % nicht erreichbar. Ein so hohes Lokalisierungsniveau ist bei einer modernen industriellen Fertigung, insbes. bei vergleichsweise kleinen Stückzahlen, nicht rentabel realisierbar. In Russland wird das Problem durch die fehlenden Zulieferer weiter verschärft.

Rechtzeitig zur Landtechnikmesse Yugagro in Krasnodar (11/2019) berichtete das Landwirtschaftsministerium, die russische Landtechnikindustrie sei im Aufschwung. Mehr als 100 Unternehmen arbeiteten in der Branche, die in 37 föderalen Subjekten 38.500 Arbeitnehmer beschäftigen. Der Anteil der russischen Landtechnik sei im Inland von 24 (2013) auf 60 % (2018) gestiegen, Exporte (ohne MwSt.) von 4,2 auf 11,1 Mrd. Rubel. Damit ist nichts über die Ausrüstungsdefizite der Landwirtschaft (s.o.) gesagt, sondern lediglich ein für sich genommen wenig aussagekräftiger Hinweis auf die Entwicklung der landtechnischen Industrie gegeben. Allen Erfolgsmeldungen zum Trotz spielt diese international nicht auf den vorderen Rängen. Deutlich, auch international, sichtbar sind eigentlich nur zwei Hersteller. Die in Rostow am Don ansässige Firmengruppe Rostselmasch (RSM) verfügt über eine breite Angebotspalette. Schlüsselperson des Unternehmens ist der Geschäftsmann Konstantin Babkin. Durch seine politischen Verbindungen kann er aktiv auf Industriepolitik und Fördermaßnahmen Einfluss nehmen. Ohne Subventionen, so ist zu hören, wäre RSM nicht wettbewerbsfähig. Das dürfte auch für die traditionsreiche Marke Kirowez gelten, die überdies durch die Aktivitäten von RSM in diesem Bereich unter Druck gerät. Belief sich das Verhältnis der in Russland gebauten Traktoren der beiden Firmen 2016 noch auf 74 (RSM) zu 2.187 (K.), war es 2018 schon 764 zu 2.217.

Digitalisierung gehört auch in Russland zu den wirtschaftspolitischen Megathemen. Noch ist das tatsächliche Ausmaß der Digitalisierung in der russischen Landwirtschaft gering, der Fokus liegt noch auf Kontrollfunktionen (Mitarbeiterführung, Diebstahlprävention). Die Potentiale sind aber beachtlich. Breiter werdende Anwendungen gewinnen an Bedeutung. Gerade die in Russland verbreiteten Großbetriebe könnten von digitalen Lösungen zur Vorbereitung von Entscheidungen profitieren. Die aktuelle Entwicklung bietet Chancen auch für techn. Lösungen und Beratungsangebote aus Deutschland. Dabei sind besonders Systemlösungen interessant, die Informationen zusammenführen und sachgerecht zu Entscheidungshilfen aufbereiten können. Das russische Landwirtschaftsministerium arbeitet an einer digitalen Plattform, um umfänglich Daten aus Behörden und der Wirtschaft zu vernetzen. Nach unseren Datenschutzmaßstäben erscheint das Vorgehen nicht unproblematisch.

Auch wenn Russland für deutsche Landtechnikunternehmen ein wichtiger Exportmarkt ist, sinken bei etwa gleichbleibenden Neuanschaffungen und Forcierung der russischen Landtechnikindustrie tendenziell die Chancen. Entsprechend konnte an die guten Ergebnisse früherer Jahre (2012: 695 Mio. Euro) bisher nicht angeknüpft werden. In den letzten Jahren (2016: 463.084; 2017: 486.291; 2018: 449.243 Mio. Euro) gab es keine spürbare Aufwärtsentwicklung. 2019 ist der Landtechnik-Export gegenüber dem Vorjahr sogar um 11 % gesunken (vgl. Tabelle 8). Die angerissene Vielschichtigkeit des Investitionsstaus, die miteinander verwobenen Interessen von Politik, Landwirtschaft und Landtechnikindustrie und der rigide russische Protektionismus münden in die nüchtern-realistische Prognose, dass mind. kurzfristig nicht mit signifikanten Verbesserungen für deutsche Unternehmen zu rechnen ist. Befriedigend ist das nicht - weder für deutsche Unternehmen, noch für die russischen Landwirte.

Tabelle 8: Deutsche Landtechnikexporte nach Russland [1.000 €].ⁱ⁾

HS Code	Bezeichnung	2017	2018	2019
	Landtechnik, gesamt	485.936	449.240	399.404
8433900000	Maschinenteile (Ernten, Dreschen, Reinigen u Sortieren)	70.203	62.221	54.726
8432900000	Maschinenteile (Pflanzenpflege, Bodenbearbeitung und –bestellung)	74.079	58.909	53.213
8436809000	Maschinen, Apparate und Geräte (Landwirtschaft oder Gartenbau)	25.190	41.806	51.946
8433533000	Rübenerntemaschinen	41.207	34.729	26.342
8701951000	Radschlepper (> 130 kW)	25.214	21.963	22.634
8436290000	Ausstattung zur Geflügelhaltung (außer Brut- und Aufzuchtapparate)	38.183	23.602	22.490
8433510000	Mähdrescher	25.569	26.412	18.718
8433591100	Selbstfahrende Feldhäcksler	15.514	16.222	17.880
8432210000	Scheibeneggen	17.082	14.007	9.761
8433205000	Mähmaschinen für Anbau und Zug	8.929	7.650	9.588

ⁱ⁾ Angabe des gesamten Landtechnikexports und der größten Einzelpositionen des Jahres 2019, Quelle: VDMA, Stand: 3/2020.

Ausblick

Die Entwicklung des Agrarsektors hat für Russland große politische und wirtschaftliche Bedeutung. Auf dem politisch vorgegebenen Weg zur weitreichenden Unabhängigkeit von Importen und der Möglichkeit, verschiedene Exportmärkte umfassend bedienen zu können, wurden bereits große Fortschritte erzielt. In Bereichen, in denen langfristige Investitionen erforderlich sind oder umfassendes Spezialwissen notwendig ist, ist die Leistungsfähigkeit des russischen Agrarsektors schwächer ausgeprägt. Beide Beobachtungen dürften auch für die nächsten Jahre zutreffen.

Die bestehenden, bereits früher (Jahresbericht 5/2016) dargestellten phytosanitär bzw. veterinärrechtlich begründeten Handelshemmnisse, das Embargo auf landwirtschaftliche Produkte und zahlreiche Aktivitäten im Rahmen der Importsubstitution schaffen zwar einen effizienten Schutzraum für die Entwicklung der russischen Landwirtschaft. Ob dies jedoch in allen Sektoren zum erwünschten Aufbau wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiger, effizienter Produktionskapazitäten führt, bleibt abzuwarten. Unabhängig davon ist jedoch davon auszugehen, dass Russland der EU erst dann einen freien Marktzugang gewähren wird, wenn dieser für die meisten Agrargüter und Lebensmittel, v. a. einer niedrigen Verarbeitungsstufe, keine sehr großen Potentiale mehr bietet. Das dürfte, trotz des anhaltenden Versorgungsdefizits, weitgehend sogar für Milch und Molkereiprodukte zutreffen.

Kontakte

(Stand: 1.4.2019)

Deutsche Botschaft Moskau

Referat für Ernährung und Landwirtschaft
PD Dr. Hinrich Snell (La-1@mosk.diplo.de)
Jekaterina Gussewa (La-10@mosk.diplo.de)
Uliza Mosfilmowskaja 56
119 285 Moskau
Tel.: +7 495 937 95 00

Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V.

Dieter Rücker (d.ruecker@bdp-online.de)
Leiter Internationale Angelegenheiten im BDP
Tel.: +49 (0) 228 985 8116
und
Sergey Platonov (sergey.v.platonov@gmail.com)
Koordinator in Russland
Tel.: +7 905 501 53 – 81

Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK)

Dr. Christine Frank (frank@russland-ahk.ru)
Business-Center FiliGrad, Beregovoy Proezd 5A K1, Etage 17,
121087 Moskau
Tel.: +7 495 234 4950 – 2320

Export-Union für Milchprodukte e.V. / Milchindustrie-Verband e.V.

Karin Monke (info@export-union.de)
Dr. Björn Börgermann (info@export-union.de)
Jägerstr. 51
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 4030445 – 24

VDMA Landtechnik

Alexander Haus (alexander.haus@vdma.org)
Lyoner Straße 18
60528 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (0) 69 6603 – 1303
und
Sven Flasshoff (sven.flasshoff@vdma.ru)
VDMA-Verbindungsbüro Russland
Tel.: +7 499 418 03 71

Verband der Fleischwirtschaft e.V. (VDF) / German Meat GmbH

Reinhard Schoch (info@v-d-f.de)
Steffen Reiter (info@german-meat.org)
Adenauerallee 118
53113 Bonn
Tel. +49 (0) 228 91424 – 0

Anhang

Wirtschaftsdatenblatt Russische Föderation (Stand April 2020)

	2019
1. Bevölkerung	
Einwohner [Mio.]	144,4*
Bevölkerungsentwicklung [Tsd.]	-30,4
Arbeitslosenrate [%]	4,6
2. Bruttoinlandsprodukt (BIP)	
BIP, nominal zu Marktpreisen [Mrd. RUB]	110 046,1
zum Jahresmittelkurs [Mrd. €]**	1 519
zum Jahresmittelkurs [Mrd. USD]**	1 700
pro Kopf [USD]	11 509
Entwicklung [%]	+1,3
Inflationsrate, durchschnittlich [%]	4,5
12/2019 ggü. 12/2018 [%]	3,0
Nominaler durchschn. Monatslohn [RUB]	47 468
Entwicklung des Reallohns [%]	+2,9
Entw. des real verfügbaren Einkommens [%]	+0,8
3. Staatshaushalt	
Einnahmen [Mrd. RUB]	20 187,8
Ausgaben [Mrd. RUB]	18 220,2
Saldo [% des BIP]	1,8
Staatsverschuldung [% des BIP] (31.12.2019)	12,4
4. Außenwirtschaft	
Internationale Verschuldung [% des BIP]	3,2
Saldo Leistungsbilanz [% des BIP]	4,2
Export [%]***	-6,0
Import [%]***	+2,7
5. Bilaterale Handelsbeziehungen***	
Export nach Deutschland [Mrd. USD]	28,0 (-17,9 %)
Import aus Deutschland [Mrd. USD]	25,1 (-1,6 %)
Bilateraler Handelsumsatz [Mrd. USD]	53,2 (-10,9 %)
deutsche Direktinvestitionen (Saldo) [Mrd. USD]****	2,9
Investitionsschutzvertrag	seit 24.04.1990
Doppelbesteuerungsabkommen	seit 30.12.1996

* ohne die beiden annektierten Krim-Regionen.

** Jahresmittelkurs 2019: 1 US-\$ = 64,73 RUB (Quelle: ZB RF), 1€ = 72,45 RUB, 1€ = 1,12 US-\$ (Quelle: EZB).

*** Quelle: Zolldienst RF, sofern nicht anders angegeben. Die Zahlen können von anderen Quellen spürbar abweichen, so beziffert das Stat. Bundesamt den bilateralen Handelsumsatz 2019 mit 57,8 Mrd. Euro (-6,6%).

**** Quelle: Bundesbank.

Disclaimer

Die in dieser Veröffentlichung verwendeten Daten stammen vorwiegend aus russischen Quellen. Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim am 18. März 2014 beziehen offizielle russische Statistiken die Krim in die Erhebung gesamtrussischer Wirtschaftsdaten mit ein. Die Daten in dieser Veröffentlichung übernehmen diese Angaben, unbeschadet der Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die Europäische Union die Annexion der Krim nicht anerkennt und die Krim weiterhin als völkerrechtswidrig besetztes Staatsgebiet der Ukraine betrachtet.

HERAUSGEBER

Bundesministerium für Ernährung
und Landwirtschaft (BMEL)
Abteilung 6 –
EU-Politik, Internationale Zusammenarbeit, Fischerei
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

STAND

April 2020

UMSCHLAGGESTALTUNG/DRUCK

BMEL

BILDNACHWEIS

Titel: Argus/stock.adobe.com

TEXT

Deutsche Botschaft Moskau

**Diese Publikation wird vom BMEL unentgeltlich abgegeben.
Sie darf nicht im Rahmen von Wahlwerbung politischer
Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.**

Weitere Informationen unter

www.bmel.de

 [@bmel](https://twitter.com/bmel)

 [Lebensministerium](https://www.instagram.com/Lebensministerium)

www.agrarexportfoerderung.de

